

Internationale Arbeitskonferenz, 100. Tagung 2011

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

ISBN 978-92-2-723093-3 (print)
ISBN 978-92-2-723094-0 (Web pdf)
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2011

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den Zweigämtern des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt, ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Auf Anfrage (pubvebte@ilo.org) sind kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen erhältlich.

Besuchen Sie auch unsere Website: www.ilo.org/publns.

Vorwort

Wie jedes Jahr in den letzten drei Jahrzehnten habe ich auch in diesem Jahr entsprechend dem Mandat der Internationalen Arbeitskonferenz eine hochrangige Mission entsandt, um über die Lage der arabischen Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten zu berichten. Die Mission besuchte die besetzten arabischen Gebiete, Israel und die Arabische Republik Syrien. Sie konnte auf die volle Unterstützung aller beteiligten Parteien zählen, wofür ich erneut meinen Dank zum Ausdruck bringen möchte. Diese Zusammenarbeit unterstreicht die breite Unterstützung der von IAO verkörperten Werte.

Die Mission führte ausführliche Gespräche mit Vertretern der Palästinensischen Behörde, Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den besetzten palästinensischen Gebieten, den Mitgliedsgruppen in Israel und der Arabischen Republik Syrien, syrischen Bürgern des besetzten syrischen Golan und mit Vertretern der Vereinten Nationen sowie internationaler und nichtstaatlicher Organisationen. Alle lieferten wertvolle Informationen über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete, die in die Ausarbeitung dieses Berichts an die Internationale Arbeitskonferenz eingeflossen sind. Die Mission hat ihre Tätigkeit zur Ermittlung der Tatsachen wie immer mit großem Engagement und der gebotenen Unparteilichkeit durchgeführt.

Ein großer Teil der Informationen zeigt, dass die wichtigsten Trends, die im Bericht des letzten Jahres dargestellt wurden, weiterbestehen. Die wirtschaftliche Lage im besetzten palästinensischen Gebiet hat sich weiter verbessert. Das Wachstum fiel jedoch ungleichmäßig aus, weil die Abriegelung von Gaza fortbesteht und es zu einem großen Teil einem Aufholprozess von einer sehr tiefen Ausgangsbasis entspricht. Der Aufbau von Institutionen für einen lebensfähigen Staat Palästina hat inzwischen einen Punkt erreicht, der diesen Staat zunehmend als eine reale Option erscheinen lässt.

Der vor kurzem veröffentlichte *Nationale Entwicklungsplan 2011-13: Schaffung des Staates, Aufbau unserer Zukunft* (PNA, 2011a) betont, dass die zukünftige Stabilität und der Wohlstand des Staates Palästina auf starken Institutionen beruhen muss, die Gleichheit und Chancen für alle gewährleisten. Der Nationale Entwicklungsplan enthält eine Reihe von Sektorstrategien, z. B. auch im Zusammenhang mit Fragen wie Beschäftigung, Gleichstellung der Geschlechter, Bildung und Ausbildung, sozialer Schutz und Befähigung zur Eigenständigkeit, und ihre Verwirklichung wird für die Entwicklung eines auf sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdiger Arbeit beruhenden Staates von entscheidender Bedeutung sein. Ich bin zuversichtlich, dass diese Strategien wie auch die Beschäftigungsstrategie die zu ihrer Verwirklichung erforderliche Unterstützung erhalten werden, dass sozialer Dialog den Prozess bereichern wird und dass angenommene Gesetze und angewandte Verfahren im Einklang mit grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit sein werden.

Mein besonderer Dank gilt Premierminister Salam Fayyad, der die Mission in einem sehr offenen Austausch an seinen Ideen, Anliegen und Hoffnungen für den zukünftigen Staat teilhaben ließ. Er bekräftigte, dass er sich für die Einhaltung der grundlegenden Übereinkommen der IAO einsetzen werde, sogar vor ihrer Ratifizierung.

In diesem Zusammenhang bat er die IAO um Unterstützung, insbesondere was Fragen wie Gleichstellung und das Ausschöpfen des vollen Potentials von Frauen betrifft, deren Erwerbsbeteiligung gegenwärtig erschreckend niedrig ist.

Was den Aufbau eines Staates anbelangt, so ist die Notwendigkeit palästinensischer Einheit sehr dringlich. Die gegenwärtige Trennung von Ramallah ist ein bedeutendes Hindernis, das aus dem Weg geräumt werden muss. Die Versöhnung sollte auf eine Art und Weise erfolgen, die Frieden fördert und den Erwartungen des palästinensischen Volkes entspricht.

Die internationale Gemeinschaft muss bereitstehen, um den neuen Staat Palästina nach seiner Entstehung zu unterstützen. Sie muss jedoch schon vorher mehr tun. Sie muss ihr Eintreten für den Friedensprozess intensivieren, um den Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen entschlossene Maßnahmen für Frieden getroffen werden können. Konflikte müssen der Zusammenarbeit weichen, Angst und Unsicherheit müssen durch Vertrauen überwunden werden und die der Entwicklung im Wege stehenden Hindernisse müssen aus dem Weg geräumt werden.

Es muss möglich sein, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den legitimen Bedürfnissen nach Sicherheit und der menschlichen Sicherheit, die nur möglich ist bei einer Achtung der Menschenrechte, des Rechts auf freie Wahl von Beschäftigung und Unternehmertum und des Rechts auf eine gute Staatsführung und Teilhabe an einer solchen Staatsführung durch sozialen Dialog.

Das gegenwärtig bestehende Sicherheitsdenken muss einem Entwicklungsdenken weichen, gestützt auf eine langfristige Vision der Interessen aller Frauen und Männer mit legitimen Interessen in diesem reichen aber leidgeprüften Gebiet in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und menschliche Sicherheit. Ist es möglich, Trennwände zu überwinden, physische und mentale Hindernisse abzubauen und das menschliche Potential der Millionen von Einwohnern des Gebiets für Zwecke der Entwicklung freizusetzen? Oder wird dieses Potential unerschlossen bleiben mit durch den Konflikt zerstörten Hoffnungen und Entwicklungsbemühungen, die sich darauf beschränken, ständig humanitäre Erste Hilfe zu leisten? Die Zukunft nicht nur aller Arbeitnehmer, sondern der gesamten Bevölkerung der besetzten arabischen Gebiete sowie der von Israel hängen von den Antworten ab, die die unmittelbar beteiligten Parteien und die internationale Gemeinschaft auf diese Frage geben.

Was die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete betrifft, so kann es keine echten Fortschritte geben ohne eine Aufhebung der von der israelischen Besatzung auferlegten Beschränkungen und der Besatzung selbst. Wie im Bericht dargestellt, haben die Maßnahmen der Palästinensischen Behörde an einen Punkt geführt, an dem weiteres Wachstum der Wirtschaft und Beschäftigung nur möglich ist, wenn die Bedingungen der Besatzung beseitigt werden.

Das Festhalten an Ostjerusalem als der Hauptstadt eines lebensfähigen palästinensischen Staates ist weiterhin ein dringliches Anliegen. Die Präsenz der Palästinenser und ihre Zugangsmöglichkeiten zur Stadt werden immer geringer, und in Bereichen wie städtische Planung, Bildung und Sozialdienste sind sie mit Diskriminierung konfrontiert. Palästinensische Institutionen und Organisationen, darunter auch die Verbände der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, werden nach wie vor daran gehindert, ihre wichtige Rolle wahrzunehmen. Der Zusage im Fahrplan, die palästinensische Handelskammer wieder zu eröffnen, wurde noch immer nicht entsprochen. Mit der Fertigstellung weiterer Teile der Sperrmauer verfestigt sich die Trennung Ostjerusalems vom Westjordanland immer mehr, mit katastrophalen Auswirkungen auf das soziale, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Leben der Palästinenser.

Im Bericht der letztjährigen Mission wurde daran erinnert, dass die Siedlungen die Hauptursache sind für die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und die Beschlagnahme von arabischem Land, Einschränkungen des Zugangs und der Bewegungsfreiheit der Palästinenser, territoriale Fragmentierung, Planungsmaßnahmen, die die arabische Entwicklung behindern und für von israelischen Siedlern begangene Gewalttaten. Der diesjährige Bericht zeigt, dass sich die Situation bedauerlicherweise nicht verändert hat. Die vielfältigen Einschränkungen, mit denen Arbeitnehmer und Unternehmer im Westjordanland, einschließlich von Ostjerusalem, und im besetzten syrischen Golan konfrontiert sind, berauben dem palästinensischen Volk und den syrischen Bürgern des besetzten syrischen Golan jede Möglichkeit, sich im Einklang mit den in der Verfassung der IAO niedergelegten Freiheiten und Rechten um eine Beschäftigung und die Erlangung von Wohlstand zu bemühen.

In Gaza hat die Abriegelung zu hoher Arbeitslosigkeit und zu Abhängigkeit von externer Hilfe und der informellen „Tunnelwirtschaft“ geführt. Ohne eine Aufhebung der vollständigen Abriegelung von Gaza wird sich die Auflösung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges Gazas fortsetzen. Die Möglichkeit einer Wiederaufnahme von Tätigkeiten, die den Lebensunterhalt von Frauen und Männern sichern können, liegt in immer größerer Ferne.

Die Situation des besetzten syrischen Golan hat im gegenwärtigen Friedensprozess praktisch keine Rolle gespielt. Die Rechte der syrischen Bürger auf Beschäftigung und eine uneingeschränkte Nutzung natürlicher Ressourcen müssen anerkannt und unter Bedingungen vollständiger Freiheit und der Achtung von Menschenrechten garantiert werden.

Die sich in der weiteren arabischen Welt vollziehenden Veränderungen sind äußerst wichtig – vielleicht sogar entscheidend – für alle zukünftigen Entwicklungen in den besetzten arabischen Gebieten. Dennoch ist es zu früh zu spekulieren, was diese Veränderungen mit all ihren Widersprüchen für die Politik von Ägypten, der Arabischen Republik Syrien und anderer Länder im Gebiet bedeuten werden.

Diese Entwicklungen sind mit Gefahren und Chancen verbunden, und sie können neue Möglichkeiten schaffen, wo seit langer Zeit nichts oder nur wenig geschehen ist. Es gibt mindestens zwei Gefahren. Einige mögen auf Wandel setzen, um kurzfristige Erfolge zu erzielen; andere mögen auf die Unsicherheit des Wandels verweisen, um ihr Nichtstun zu rechtfertigen. Der Wandel wird sich auf den Rahmen auswirken, in den Fragen wie Besatzung und Frieden erörtert werden: Er ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit, Bausteine für eine friedliche Lösung zu entwickeln. Zumindest sollten die Aussichten auf Wandel in der weiteren arabischen Region zu mehr Demokratie und Offenheit dem Friedensprozesses neue Impulse verleihen.

Mai 2011

Juan Somavia
Generaldirektor

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort.....	iii
Einleitung	1
1. Der Kontext: Erwartungen und Unsicherheit.....	3
2. Wachstum ohne Beschäftigung: Eine unter den Zwängen der Besatzung leidende Wirtschaft	9
3. Trennung, Diskriminierung und Vertreibung: Palästinensische Arbeitnehmer und die Besatzung	20
4. Soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit: Die Grundlagen für den Aufbau eines Staates.....	29
5. Stillstand im besetzten syrischen Golan	36
Abschließende Bemerkungen.....	39
Quellennachweis	41
Anhang.....	45

Einleitung

1. Im Einklang mit der Entschließung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen im Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut eine Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete sowie in die Arabische Republik Syrien, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzunehmen. Wie in früheren Jahren bemühte sich die Mission darum, Informationen über die Lage der Arbeitnehmer des besetzten palästinensischen Gebiets (des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems und Gaza) und des besetzten syrischen Golan einzuholen und zu bewerten ¹.
2. Die Vertreter des Generaldirektors ließen sich von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, sowie der Erklärung der IAO über grundlegende Rechte und Prinzipien bei der Arbeit und der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten. Außerdem orientierten sie sich an den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entschließungen sowie an den einschlägigen internationalen Arbeitsnormen niedergelegten und von den Aufsichtsgremien der IAO aufgestellten Grundsätzen.
3. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Mission als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, ließen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des Völkerrechts leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und vom Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten), die auch von Israel unterzeichnet worden sind. Die Mission orientierte sich an den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, namentlich den Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 497 (1981), 1397 (2002), 1515 (2003), 1850 (2008) und 1860 (2009) des Sicherheitsrats. Sie berücksichtigten ferner das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 (IGH, 2004).
4. Der Generaldirektor betraute Kari Tapiola als seinen Sonderbeauftragten, Tariq Haq, Wirtschaftsforscher in der Hauptabteilung Wirtschafts- und Arbeitsmarktanalyse,

¹ Wie bereits in früheren Berichten dargelegt, hat die israelische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, dass der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung, einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der israelischen Regierung“. Es wird daran erinnert, dass der Golan von Israel 1981 einseitig annektiert wurde und dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 497 (1981) Israel aufforderte, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluss, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen.

Martin Oelz, Referent für Rechtsfragen im Programm Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie Shauna Olney, Koordinatorin im Gleichstellungsteam in der Hauptabteilung Internationale Arbeitsnormen mit der Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, die von 2. bis 9. April 2011 stattfand. Mounir Kleibo, Vertreter der IAO für das Westjordanland und Gaza, sowie Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, führten sämtliche Vorbereitungen für die Mission durch, der sie als Vollmitglieder angehörten.

5. Am 10. April 2011 besuchte der Sonderbeauftragte des Generaldirektors die Arabische Republik Syrien, um mit der syrischen Regierung und mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden Gespräche zu führen.

6. Die Vertreter des Generaldirektors hatten zahlreiche Unterredungen und Treffen mit Gesprächspartnern auf israelischer, palästinensischer und syrischer Seite². Sie trafen Vertreter von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde und der Regierung Israels, von palästinensischen und israelischen Verbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, nichtstaatlichen Organisationen und Forschungsinstitutionen sowie Gemeindevorsitzende. Die Mission konsultierte auch Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen.

7. Der Generaldirektor ist allen beteiligten Parteien außerordentlich dankbar und möchte seiner Anerkennung dafür Ausdruck verleihen, dass seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis sowie der Vertreter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, zählen konnten. Er dankt auch für die umfassende Unterstützung, die seiner Mission von den Behörden der Arabischen Republik Syrien und dem Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften (ICATU) gewährt wurde.

8. Außer den öffentlich zugänglichen Daten, Studien und Berichten berücksichtigt dieser Bericht die von der Mission vor Ort erhaltenen schriftlichen und mündlichen Informationen. Die von der Regierung Israels und der Arabischen Republik Syrien, der Palästinensischen Behörde und dem Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften erhaltenen schriftlichen Unterlagen werden dankend zur Kenntnis genommen. Die mündlichen Informationen, die die Mission von ihren verschiedenen Gesprächspartnern erhielt, wurden besonders gründlich geprüft und soweit wie möglich mit anderen verfügbaren Informationen abgeglichen. Die Lage der palästinensischen und anderen arabischen Arbeitnehmer wurde von den Mitgliedern der Mission einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang dieses Berichts.

1. Der Kontext: Erwartungen und Unsicherheit

9. Seit dem Bericht an die Tagung des Jahres 2010 der Internationalen Arbeitskonferenz hat sich die schwierige Lage der palästinensischen Arbeitnehmer und des palästinensischen Volkes nicht wesentlich verbessert. In diesem Bericht war auf die festgefahrenen Friedensverhandlungen hingewiesen worden. In praktisch allen Gesprächen, die die Mission in diesem Jahr führte, rechnete niemand mit unmittelbaren Ergebnissen des Friedensprozesses. Dennoch ist offensichtlich, dass das Ziel der Palästinensischen Behörde, die Institutionen bis September 2011 für die staatliche Souveränität vorzubereiten, mit hohen Erwartungen verknüpft ist.

10. Trotz fast einhelliger internationaler Aufforderungen an Israel, den Bau von Siedlungen zu unterlassen, werden Siedlungen weiter genehmigt und gebaut. Siedlungen und restriktive israelische Praktiken, insbesondere im Gebiet C gemäß der Definition in den Abkommen von Oslo, sowie die Aufteilung der Gebiete in unterschiedliche Kategorien, sind weiter wichtige Hindernisse für die Wirtschaftstätigkeit und die Beschäftigung. Der Aufbau von Institutionen für einen künftigen palästinensischen Staat hat zwar an Dynamik gewonnen, die Kluft zwischen Hamas und der legitimen Palästinensischen Behörde besteht jedoch fort und verstärkt die Isolierung von Gaza, das jetzt immer stärker von der informellen Tunnelwirtschaft abhängig ist.

11. Gleichzeitig sind die Entwicklungen in der arabischen Welt ein Faktor, der immer stärker ins Blickfeld rückt. So wie sich dieser Prozess insbesondere in Ägypten entwickelt, könnte er nicht nur auf kurze Sicht Auswirkungen auf die Lage in Gaza haben, sondern auch den Hintergrund für zukünftige Entwicklungen in allen besetzten arabischen Gebieten bilden. Um es mit den Worten des Sonderkoordinators für den Nahost-Friedensprozess und des persönlichen Vertreters des Generalsekretärs, Robert Serry gegenüber dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu sagen: „Die sich wandelnden regionalen Kräfteverhältnisse haben das Umfeld eines bereits schwierigen Nahost-Friedensprozesses noch unsicherer gemacht“ (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2011). Vom Standpunkt der IAO aus dürfen wir nicht vergessen, dass diese vorwiegend von der Facebook-Generation unterstützte Bewegung sich überall in der Region im Wesentlichen mit sozialer Gerechtigkeit und grundlegende Rechten befasst.

12. Zwar können einige positive Elemente vermerkt werden, z. B. die Auswirkungen der Aufhebung einiger Einschränkungen bei der Lieferung von Waren nach Gaza, die zunehmend positive Stimmung unter Geschäftsleuten in Gebieten unter der Verwaltung der Palästinensischen Behörde und die größere Bewegungsfreiheit zwischen städtischen Gebieten in Westjordanland, die Verbesserungen der Lage der Arbeitnehmer sind jedoch instabiler Art. Und selbst dort, wo sie festzustellen sind, sind sie graduell und weitgehend von den Einschränkungen der Besetzung abhängig.

Vielfältige Kontrollen und Absperrungen

13. Für palästinensische Arbeitnehmer sind Möglichkeiten für eine Erwerbstätigkeit und Beschäftigung in allen Teilen des besetzten palästinensischen Gebietes stark eingeschränkt, mit unterschiedlichen Systemen für das Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem. Gleiches gilt für die syrischen Bürger im besetzten syrischen Golan. Hinsichtlich des Personen- und Güterverkehrs sind die Restriktionen physischer und administrativer Art. Sie reichen von der physischen Existenz von Kontrollstellen und der Sperrmauer bis zur effektiven Kontrolle, die die israelische Regierung über das Westjordanland ausübt. Restriktionen verhindern in 70 Prozent des Gebietes C die Aufnahme palästinensischer Tätigkeiten, die für die Lebensfähigkeit eines zukünftigen palästinensischen Staa-

tes unerlässlich ist; gleichzeitig wird palästinensischen Gemeinden der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen Diensten verwehrt. Nach Berichten der Vereinten Nationen wurde 2010 die höchste Zahl palästinensischer Bauten zerstört seit Beginn dieser Aufzeichnungen im Jahr 2005 (UNSCO, 2011).

14. 2010 war ein partielles zehnmonatiges Moratorium über den Bau neuer Siedlungen in Kraft. Nach Angaben der Organisation Peace Now wurden in Siedlungen 1.775 Wohneinheiten, deren Bau vor Verhängung des Moratoriums begonnen worden war, in diesem Zeitraum fertiggestellt, und die Arbeiten für 114 neue Wohneinheiten wurden aufgenommen (Peace Now, 2011). Seit Ende des partiellen Moratoriums in September 2010 wurde der Bau von über 1.700 Wohneinheiten in Angriff genommen (UNSCO, 2011), und es werden weiter neue Pläne für zusätzliche Siedlungserweiterungen angekündigt, insbesondere in und in der Umgebung von Ostjerusalem. Am 9. Januar 2011 wurde in Sheikh Jarrah, einem palästinensischen Wohngebiet im Zentrum von Ostjerusalem, als Teil eines Plans zum Bau neuer Siedlungseinheiten für Israelis das Shepherd Hotel abgerissen. Am 4. April 2011 billigte Israel den Bau von 942 neuen Wohnungen in der Gilo-Siedlung, nachdem 2009 900 Wohneinheiten in derselben Siedlung genehmigt worden waren (BBC News, 2011). Der Internationale Gerichtshof hat entschieden, dass Bauarbeiten in dem seit 1967 besetzten Gebiet eine Verletzung des Völkerrechts darstellen (IGH, 2004), und die Vereinten Nationen haben solche Maßnahmen, die eine Verhandlungslösung für den Konflikt ernstlich gefährden, stets beklagt. Am 5. Februar 2011 erklärte das Nahost-Quartett: „Unilaterale Handlungen, gleich welcher Partei, dürfen Verhandlungsergebnisse nicht präjudizieren und werden von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt“ (UN, 2011a).

15. Die Palästinensische Behörde stellt nachdrücklich fest, dass sie alles getan hat, was von ihr erwartet wird, dass die Realität und Praxis der Besetzung es ihr jedoch unmöglich machen, weitere Schritte zu unternehmen. Nach Angaben der Statistikbehörde sind ohne politische Entscheidungen zur zukünftigen Entwicklung keine weiteren wirtschaftlichen Verbesserungen möglich. Wenn die unter den herrschenden Bedingungen unternommenen Bemühungen nicht ausreichen, um die tatsächlichen Hindernisse für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu überwinden, ist es legitim, die Welt zu fragen, wie es weitergehen soll. Beim Treffen des Ad-hoc-Verbindungsausschusses in Brüssel am 13. April 2011 erklärte der UN-Sonderkoordinator, dass die „staatlichen Funktionen jetzt für eine funktionsfähige Staatsführung ausreichend sind“. Der für das Treffen erstellte Bericht kam jedoch auch zu dem Schluss, dass die institutionellen Errungenschaften der palästinensischen Agenda für Staatsaufbau innerhalb des derzeit vorhandenen politischen und physischen Spielraums an ihre Grenzen stoßen (UNSCO, 2011).

16. Sollte sich der Trend zu einer weiteren Isolierung von Ostjerusalem von anderen Teilen des Westjordanlands fortsetzen, wird es sich letztlich um ein Gebiet handeln, in denen Siedlungen immer mehr dominieren und für Palästinenser immer weniger Raum bleibt. Die Sperrmauer verläuft weitgehend östlich der grünen Linie und Palästinenser, die auf der „falschen“ Seite leben, sind von ihren Existenzgrundlagen abgeschnitten. Von den vorgesehenen 142 Kilometern der Sperrmauer wurden 103 bereits errichtet oder befinden sich im Bau (OCHA, 2010a). Palästinenser haben nur geringe Möglichkeiten, in Jerusalem zu bauen, und vielen droht der Abriss ihrer Häuser. Palästinenser können nur für 13 Prozent der annektierten Flächen, in denen ein großer Teil bereits zugebaut ist, Baugenehmigungen erhalten (OCHA 2009). Der Zugang zu Arbeit, Schulen und Diensten ist beschränkt, und die Struktur des früheren palästinensischen Lebens ist zerstört.

17. Im Westjordanland kann Wachstum und Entwicklung nicht auf Ramallah und seine unmittelbare Umgebung beschränkt bleiben. Die letztjährige Lockerung von Restriktionen führte zu einer Abnahme der Abriegelungshindernisse auf 505, ein Rückgang um 19 Prozent gegenüber der Gesamtzahl von 626 in März 2009. Dies führte zu besserer Mobilität von Palästinensern zwischen städtischen Zentren, hatte jedoch keinen Einfluss auf die Zugangsbeschränkungen aufgrund der Sperrmauer (die sich zu 85 Prozent im Westjordanland befindet) sowie auf Restriktionen der Bewegungsfreiheit zwischen Ostjerusalem und allen anderen Teilen des Westjordanlands. Nur drei von 16 Kontrollstellen an der Sperrmauer sind für Palästinenser zugänglich, die über eine Einreisegenehmigung nach Ostjerusalem verfügen. In ähnlicher Weise ist auch der Zugang zum Jordantal weiterhin nur sehr eingeschränkt möglich (OCHA, 2010a). Im OCHA-Bericht wird dazu festgestellt: „Nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen muss Israel sicherstellen, dass den humanitären Bedürfnissen der Menschen unter seiner Besatzung entsprochen wird und dass diese Menschen ihre Menschenrechte wahrnehmen können, auch das Recht auf Bewegungsfreiheit, Arbeit, eine Unterkunft, Gesundheit und Bildung, und dass sie keiner Diskriminierung unterliegen“ (ebd.).

18. Hätten die Palästinenser mehr landwirtschaftliche Flächen und einen ausreichenden und sicheren Zugang zu Wasser, dann wären sie in der Lage, mehr Landwirtschaft zu betreiben und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die meisten Siedlungen im Westjordanland befinden sich auf Hügeln und in Wassereinzugsgebieten und nutzen so die natürlichen palästinensischen Ressourcen, während die Kosten für Wasser und Elektrizität für die palästinensische Wirtschaft hoch sind. Gleiches gilt für den besetzten syrischen Golan.

19. Die Diskussion über die Rechte der palästinensischen Arbeitnehmer muss weiterhin im Kontext der Besatzung geführt werden. Zwar fallen statistische Angaben zur Zahl palästinensischer Arbeitnehmer in israelischen Siedlungen unterschiedlich aus, ihr Anteil an der palästinensischen Erwerbsbevölkerung ist jedoch bedeutend. Palästinensische Arbeitnehmer in den Siedlungen werden nicht vom Arbeitsaufsichtsdiensten oder anderen Diensten erfasst, und sie sind im Allgemeinen von Arbeitgebern und Vermittlern abhängig. Israelische nichtstaatliche Organisationen haben weiter im Namen palästinensischer Arbeitnehmer, die von Unternehmen in den Siedlungen beschäftigt werden, Fälle vor israelische Arbeitsgerichte gebracht. Das grundlegende Ziel ist jedoch weiterhin, nicht die Bedingungen der Besatzung zu verbessern, sondern der Besatzung selbst ein Ende zu setzen.

20. Die Politik der Palästinensischen Behörde zielt darauf ab, dass Palästinenser nicht in israelischen Siedlungen arbeiten. Man muss jedoch auch die praktischen Aspekte der Situation berücksichtigen: Ohne vernünftige Alternativen werden manche Menschen jede mögliche Arbeit annehmen, auch wenn sie dabei leicht ausgebeutet werden können. Sie begeben sich in ein System, wo Vermittler einen großen Teil ihrer Löhne einbehalten, sie nur über geringe oder keine Beschäftigungssicherheit oder Gesundheitsversorgung verfügen, lange Arbeitszeiten haben und nicht über Papiere verfügen, mit denen sie Rechtsansprüche durchsetzen können. Während die Anwendung der palästinensischen Arbeitsgesetze nach dem Abkommen von Oslo ausgeschlossen ist, kann das von Israel zur Verwaltung der Siedlungen eingerichtete Rechts- und Verwaltungssystem nicht der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Rechte und Interessen palästinensischer Arbeitnehmer zu schützen, was dazu führt, dass es für die billige und nichtorganisierte Arbeitskraft der palästinensischen Arbeitnehmer keinen funktionierenden Schutzmechanismus gibt. Was die von israelischen Arbeitgebern beschäftigten palästinensischen Arbeitskräfte betrifft, so hat der Israelische Gewerkschaftsbund (Histadrut) erklärt, er wolle sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer in Israel gleich behandelt werden, und er sei bereit, mit dem

Palästinensischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund (PGFTU) in Fällen zusammenzuarbeiten, bei denen palästinensischen Arbeitnehmern Rechtsansprüche vorenthalten worden sind. Ein besonders schwieriges Problem stellt sich im Zusammenhang mit den Ansprüchen von Arbeitnehmern aus Gaza, die außerstande waren, ihren Fall vor ein israelisches Gericht zu bringen. Sie sind physisch nicht in der Lage, vor Gericht zu erscheinen, was dazu führt, dass die gesetzliche Siebenjahresfrist abläuft, bevor sie ihren Fall vor Gericht bringen können. Und selbst wenn jemand anderes dies für sie tut, verlieren sie den Fall automatisch, wenn sie nicht persönlich erscheinen.

21. Die Gewalt nimmt in dem besetzten palästinensischen Gebiet zu. 2010 belief sich die Anzahl palästinensischer Todesfälle auf 87 (davon 72 in Gaza). Von Januar bis März 2011 gab es 30 Todesfälle, mit Ausnahme von sieben Fällen alle in Gaza. Die Zahl verletzter Palästinenser belief sich 2010 auf 1.539, die Mehrheit von ihnen (1.256) befand sich im Westjordanland. In März 2011 erreichte ihre monatliche Anzahl 204, davon 149 in Westjordanland. Während die tödlichen Zwischenfälle somit häufiger in Gaza vorkommen, liegt die Anzahl nichttödlicher Zwischenfälle im Westjordanland höher. Die Anzahl israelischer Todesfälle belief sich 2010 auf acht und die der Verletzten auf 176 (OCHA, 2011a).

Gaza: Die Auswirkungen der Abriegelung

22. Die Mission stellte einen auffallenden Zuwachs von Bautätigkeiten und sonstigen Aktivitäten in Gaza fest, und sie beobachtete starken Verkehr auf Straßen, die in früheren Jahren relativ ruhig waren. Angesichts der fortgesetzten Beschränkungen des Warenverkehrs nach und aus Gaza hat die „Tunnelwirtschaft“ ihre Position als der Haupttriebkraft der Wirtschaftstätigkeit gefestigt. Ihre Rolle ist so bedeutend, dass selbst die bestehenden legitimen Unternehmen sich bis zu einem gewissen Grad anpassen mussten. Dies war nicht eine freiwillige Entscheidung, sondern lediglich eine Anpassung an herrschende Umstände. Die Auswirkungen waren eine Störung der normalen Unternehmens-tätigkeit und die Akzeptanz fragwürdiger und informeller Elemente. Diese zunehmend reale Entwicklung ist ein weiteres Argument, warum die Abriegelung beendet werden sollte, denn nur so kann sichergestellt werden, dass die Unternehmensentwicklung und Beschäftigung mit einem Mindestmaß an Normalität stattfinden kann.

23. Viele Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz wegen des Zusammenbruchs anderer Wirtschaftstätigkeiten verloren haben, nutzen jetzt die Chance, die sich im Zusammenhang mit den Tunneln ergeben. Die jüngste Zunahme der Bautätigkeiten ist darauf zurückzuführen, dass mehr Baumaterial durch die Tunnel eingeführt wird. All dies fördert nicht nur eine Untergrundwirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes; es hat auch Auswirkungen auf die Menschen, die in dieser Wirtschaft tätig sind, da es zu gravierenden gesundheitlichen Problemen und Todesfällen durch Unfälle sowie durch den Beschuss von israelischen Streitkräften kommt. Die Arbeit im Tunnel gehört neben dem Sammeln von Schutt und Müll zu den „neuen“ und gefährlichen Tätigkeiten, die seit der Abriegelung entstanden sind und oft im Zusammenhang mit Kinderarbeit genannt werden. 2010 starben 46 Arbeitnehmer in den Tunneln und 89 weitere wurden verletzt (OCHA, 2011a)

24. Sämtliche Industriezweige leiden unter einem Mangel an Material, das auf legalem Weg eingeführt werden kann. Bei nur einem einzigen offenen Grenzübergang sind Restriktionen der Einfuhr von Zement und anderen Baumaterialien Hindernisse für die wirtschaftliche Erholung und den dringend erforderlichen Wiederaufbau. Die derzeitige Wirtschaftstätigkeit reicht für das Überleben, sie ermöglicht aber nicht einen wirklichen Aufschwung, es sei denn, die Restriktionen des Warenverkehrs von und nach Gaza wer-

den vollständig aufgehoben. Besonders besorgniserregend ist, dass es im Gegensatz zur Situation Ende der 90er Jahre in Gaza offenbar keine Frauen unternehmerisch tätig sind, was nicht nur auf die Blockade, sondern auch auf die von der De-facto-Verwaltung Frauen auferlegten Restriktionen zurückzuführen ist, da sie ihre Mobilität und ihr Verhalten Beschränkungen unterwerfen und festlegen, welche Arbeit für sie akzeptabel ist.

25. Bis vier Fünftel der Bevölkerung ist von humanitärer Hilfe abhängig (PNA, 2011a). Bei hoher Arbeitslosigkeit, tausenden von jungen Hochschulabsolventen und tausenden anderen, die nicht zur Universität gehen können, wird die Frustration zwangsläufig immer mehr zunehmen, wenn die Blockade von Gaza nicht aufgehoben wird. Es gibt gute Argumente für die Behauptung, dass die Wirtschaft bei einem besseren Warenfluss in beide Richtungen rasch wiederhergestellt werden könnte. Geschieht dies nicht, wird die Bevölkerung in Gaza weiter auf humanitäre Hilfe oder die Tunnelwirtschaft angewiesen sein. Wie von der Mission bereits im letzten Jahr festgestellt, nimmt die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, deren Existenzgrundlagen zerstört worden sind, und denen, die von der Untergrundwirtschaft profitieren, immer mehr zu. So wird das wenige, was an sozialer Struktur noch vorhanden ist, weiter zerstört.

26. Die Gewalt in Form eines wahllosen Beschusses Israels durch Raketen von Gaza aus und Vergeltungsmaßnahmen durch israelische Streitkräfte befand sich zwar auf einem niedrigen Niveau, in letzter Zeit war jedoch eine Eskalation festzustellen. Menschen, die sich auf der Suche nach Material oder landwirtschaftlicher Arbeit zu nah an die Grenze wagten, wurden von israelischen Streitkräften beschossen und in einigen Fällen getötet. Hamas übt eine De-facto-Kontrolle über den Gazastreifen aus und lehnt die Grundprinzipien des Friedensprozesses ab (UNSCO, 2011). Die Sicherheitsprobleme in Gaza sind real und müssen anerkannt werden. Die Blockade hat Gaza jedoch völlig stranguliert, und viele Zivilisten zahlen in diesem Zusammenhang einen sehr hohen Preis.

Ein Vertrauensvorschuss

27. Seit 1967 wurde die Lage der Arbeitnehmer und der gesamten Bevölkerung in den besetzten arabischen Gebieten in zahlreichen Berichten ausführlich beschrieben. Jeder, der den Konflikt und die zahlreichen Versuche, annehmbare Lösungen zu finden, verfolgt hat, ist mit den praktischen Umständen der Situation vertraut. Die große Mehrheit der Bevölkerung der besetzten arabischen Gebiete kennt kein anderes Leben als das unter israelischer Besatzung. Die Besatzung und die dazugehörigen restriktiven Politiken und Maßnahmen stehen im Gegensatz zum Völkerrecht und zahlreichen Resolutionen des Sicherheitsrates, der Generalversammlung und des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen.

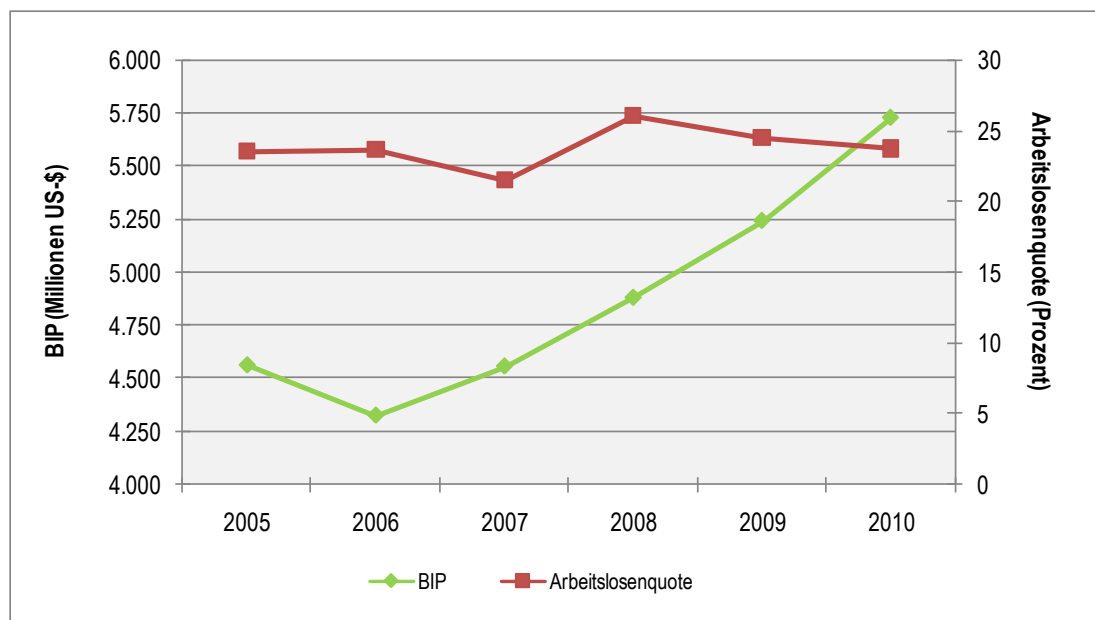
28. Alle Parteien müssen sich früher oder später auf die nächsten Schritte verständigen. Die palästinensische Wirtschaft hat Grenzen erreicht, die ohne eine Einigung und Maßnahmen zu ihren zwei Hauptproblemen – die Besatzung, die Trennung – nicht überwunden werden können. Es darf nicht zugelassen werden, dass das Potential des palästinensischen Staatsaufbaus gehemmt wird und sich in Frustration und Unzufriedenheit wandelt. Ein Fehlschlag würde eine schon jetzt nicht mehr akzeptable Situation noch weiter verschlimmern. Durch Verhandlungen und sich daraus ergebende konstruktive Maßnahmen könnte eine neue Situation entstehen, in der Israel nicht von Nachbarn umgeben ist, die benachteiligt und in Not sind, sondern von einer starken und wachsenden Wirtschaft, die die Fähigkeiten der arbeitenden Frauen und Männer uneingeschränkt nutzt. Dies erfordert zwar einen Vertrauensvorschuss, doch wenn die Alternative eine Fortsetzung und Verschlimmerung einer so schwierigen Situation ist, deren Auswirkungen auf die

eine oder andere Weise von jedem Bewohner der Region ertragen werden müssen, dann ist dies nicht nur ein Vertrauensvorschuss, es ist auch ein Weg zur Wiederherstellung und zum Aufbau eines vernünftigen wirtschaftlichen und menschlichen Lebens.

2. Wachstum ohne Beschäftigung: Eine unter den Zwängen der Besetzung leidende Wirtschaft

29. Die Wirtschaft des besetzten palästinensischen Gebietes setzte ihr Wachstum auch 2010 fort. Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) wird auf etwa 9 Prozent geschätzt, wovon 8 Prozent auf das Westjordanland und 15 Prozent auf Gaza entfallen. Diese Zahlen erscheinen zwar hoch, man sollte sich jedoch in Erinnerung rufen, dass sie einer Aufwärtsbewegung von einer sehr niedrigen Ausgangsbasis entsprechen. Dies gilt ganz besonders für Gaza, wo das BIP unter der Besetzung im Zeitraum 2006-09 um 30 Prozent gefallen ist. Außerdem ging die Arbeitslosenquote 2010 nur leicht auf 23,7 Prozent zurück, da das stärkere Wirtschaftswachstum bisher nicht noch in deutlich besseren Arbeitsmarktergebnissen zum Ausdruck gekommen ist (siehe Abbildung 2.1).

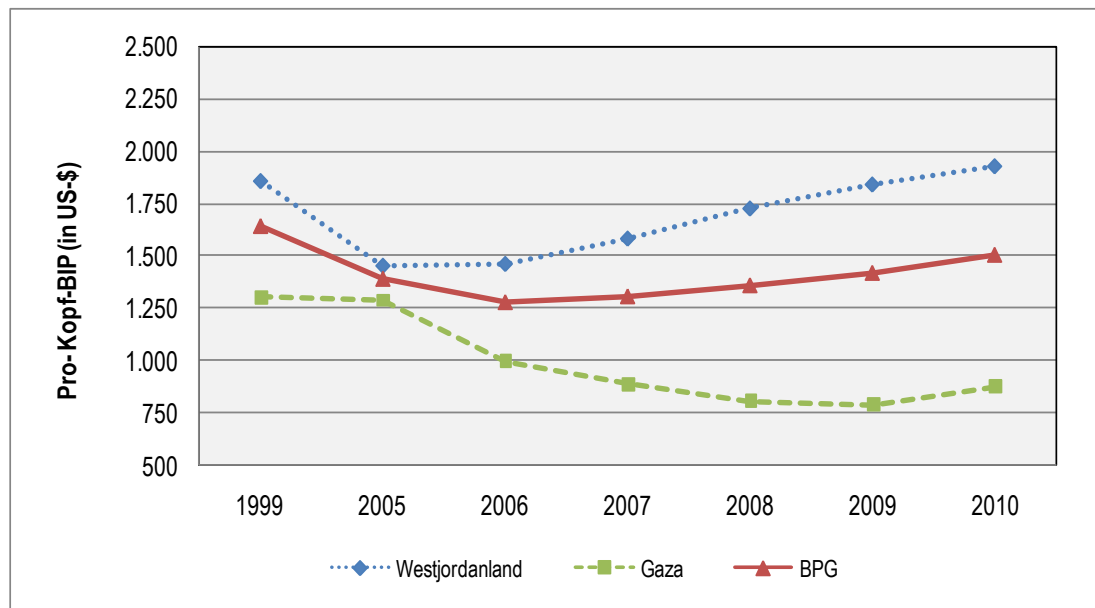
Abbildung 2.1. BIP und Arbeitslosigkeit, 2005-10



Quelle: PCBS, National Accounts (2011a und 2011b) und Labour Force Surveys (verschiedene Jahre).

30. Das höhere Gesamtwachstum des BIP führte auch zu einem Anstieg des realen Pro-Kopf-BIP, das 2010 1.502 US-Dollar erreichte. Wie aus Abbildung 2.2 ersichtlich, liegt diese Ziffer immer noch 8,4 Prozent niedriger als 1999 vor dem Beginn der zweiten Intifada, was die Tatsache unterstreicht, dass das jüngste Wachstum einer Aufholbewegung nach einer starken Kontraktion entspricht. Die Unterschiede zwischen den Verläufen und den sich daraus ergebenden Niveaus des Pro-Kopf-BIP im Jahr 2010 in Westjordanland (1.925 US-Dollar) und Gaza (877 US-Dollar) sind frappierend.

Abbildung 2.2. Pro-Kopf-BIP zu konstanten Preisen, 1999-2010



Quelle: PCBS, National Accounts (unterschiedliche Jahre), 2011b.

31. Das höhere Wirtschaftswachstum ist auf unterschiedliche Wirtschaftsfaktoren zurückzuführen. Im Westjordanland wurden die fortgesetzten Verwaltungsreformen der Palästinensischen Behörde (einschließlich einer verbesserten Erhebung inländischer Steuern) und die für einen unabhängigen palästinensischen Staat erforderliche Stärkung von Institutionen (z. B. der Palästinensischen Währungsbehörde) ergänzt im ersten Halbjahr 2010 durch eine relative Lockerung der von Israel auferlegten Beschränkungen der Bewegungsfreiheit. In Gaza hat die Lockerung von Restriktionen durch die Regierung Israels bei der Einfuhr von Verbrauchsgütern und von Material für einige von internationalen Organisationen initiierte Infrastrukturprojekte im zweiten Halbjahr 2010 eine stärkere Wirtschaftstätigkeit ermöglicht. Die Bemühungen der Palästinensischen Behörde im Bereich des Aufbaus von Institutionen haben laut einer jüngsten Beurteilung dazu geführt, dass sie „sich zu jedem Zeitpunkt in der nahen Zukunft in einer guten Ausgangsposition für die Einrichtung eines Staates befindet“ (Weltbank, 2011). Das Wachstum der palästinensischen Wirtschaft stützt sich jedoch weiterhin auf Hilfen von Gebern, die sich 2010 auf 1,28 Milliarden US-Dollar beliefen. Vor allem Gaza ist besonders von Hilfe abhängig. Somit ist dieses Wachstum nicht als nachhaltig anzusehen.

Arbeitsmarktentwicklungen

32. 2010 hielt das Beschäftigungswachstum nicht mit dem Wirtschaftswachstum Schritt. Zwischen dem vierten Quartal 2009 und dem vierten Quartal 2010 nahm die Gesamtbeschäftigung um 5,9 Prozent zu (Übersicht 2.1). Die daraus resultierende Beschäftigungsquote³ stieg nur geringfügig von 31,2 Prozent im vierten Quartal 2009 auf 31,8 Prozent ein Jahr später, wobei 51,4 Prozent auf Männer und lediglich 11,8 Prozent auf Frauen entfielen. Da die Palästinensische Behörde Neueinstellungen im öffentlichen Sektor auf 3.000 Arbeitnehmer im Jahr beschränkt (IWF, 2011), um seine Lohnsumme zu begrenzen, ist die Ausweitung des privaten Sektors von entscheidender Bedeutung, um Arbeitslose und Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt zu absorbieren.

³ Die Beschäftigungsquote entspricht der Gesamtbeschäftigung als Anteil der Bevölkerung im Alter über 15 Jahren.

Übersicht 2.1. Arbeitsmarktindikatoren, 2009-10

	2009	2010				2010	2010 4.Q./ 2009 4.Q.
	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahresdurchschnitt	(Veränderung in %)
Bevölkerung über 15 Jahren (in 1.000)	2.321	2.342	2.365	2.387	2.410	2.376	3,8
Erwerbstätige (in 1.000)	964	954	980	967	1.001	975,5	3,8
Beschäftigung (in 1.000)	724	744	756	710	767	744,3	5,9
Westjordanland	466	458	488	449	490	471,3	5,2
Gaza	186	202	191	184	197	193,5	5,9
Israel und Siedlungen	72	83	77	75	79	78,5	9,7
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	239	210	225	257	234	231,5	-2,1
Erwerbsquote (%)	41,5	40,7	41,5	40,5	41,5	41,1	0,0
Arbeitslosenquote (%)	24,8	22	22,9	26,6	23,4	23,7	-5,6
Westjordanland (%)	18,1	16,5	15,2	20,1	16,9	17,2	-6,6
Gaza (%)	39,3	33,9	39,3	40,5	37,4	37,8	-4,8

Quelle: PCBS, Labour Force Survey, 2009-10.

33. Die Zusammensetzung der Beschäftigung im Jahre 2010 macht deutlich, dass fast 60 Prozent der palästinensischen Beschäftigung auf Dienstleistungen und Handel entfallen (Übersicht 2.2). Auf Produktionssektoren wie Landwirtschaft und Fertigung entfallen lediglich 12,5 bzw. 10,7 Prozent der Beschäftigung. Ihr Anteil am BIP hat sich seit 1994 praktisch halbiert, denn auf die Fertigung entfallen lediglich 11,6 Prozent des BIP und auf die Landwirtschaft lediglich 6,8 Prozent. Der Anteil des Baugewerbes am BIP (9,4 Prozent) und an der Beschäftigung (12,7 Prozent) hat hingegen weiter zugenommen. Dieses Trends zeigen, dass die palästinensische Wirtschaft über keine starke Produktionsbasis verfügt, die als Grundlage für langfristiges nachhaltiges Wachstum und Entwicklung dienen kann. Das höhere Gesamtwachstum des BIP im Jahr 2010 muss in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Übersicht 2.2. Sektorale Aufteilung von BIP und Beschäftigung, viertes Quartal, 2010

	Anteil am BIP (%)	Anteil an der Beschäftigung (%)
Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft	6,8	12,5
Fertigung, Bergbau und Gewinnung von Steinen	11,6	10,7
Baugewerbe	9,4	12,7
Handel, Hotel und Gaststätten	12,9	19,5
Verkehrswesen, Lagerung und Nachrichtenübermittlung	8,0	5,9
Dienstleistungen und andere Branchen	51,3	38,7
Insgesamt	100	100

Quelle: PCBS, National accounts (2011b) und Labour Force Survey (2011c).

34. Die Beschäftigung wuchs in Israel und den Siedlungen um 9,7 Prozent und die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer erreichte im vierten Quartal 2010 geschätzte 79.000. Die palästinensischen Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen arbeiten vorwiegend im Baugewerbe, in der Fertigung und in der Landwirtschaft. Weitere palästinensische Arbeitnehmer aus dem Westjordanland erzielen auf dem israelischen Arbeitsmarkt jenseits der Sperrmauer und in den Siedlungen auf beiden Seiten der Sperrmauer, höhere Löhne und ihre Einkommen waren zum Teil mitverantwortlich für das jüngste Wirtschaftswachstum in Westjordanland.

35. Der Zustrom von Arbeitskräften nach Israel und in die Siedlungen unterliegt weiterhin einem strengen Quoten- und Genehmigungssystem für Palästinenser des Westjordanlandes, denen eine Sicherheitsbescheinigung erteilt wurde und die über eine magnetische Ausweiskarte verfügen. Nach Angaben des Israelischen Koordinators für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) wuchs die Zahl der Palästinensern 2010 erteilten Genehmigungen um 5,4 Prozent auf 50.600; 28.000 für eine Arbeit in Israel und 22.600 für eine Arbeit in den Siedlungen (COGAT, 2011). Der mit einer Arbeitsgenehmigung für Israel oder die Siedlungen verbundene Wert schafft Missbrauchsmöglichkeiten durch Vermittler und Arbeitgeber. Der Mission wurde auch wiederholt mitgeteilt, dass die für die Genehmigungen zuständigen Stellen deren Ausstellung oder Erneuerung oft nutzen, um Kollaborateure anzuwerben. Etwa 30.000 Arbeitnehmern gelingt es nach wie vor, für Arbeit auf dem israelischen Arbeitsmarkt die Sperrmauer zu überwinden. Diese Arbeitnehmer sind äußerst anfällig für Ausbeutung und die Mission hörte erneut von zahlreichen Fällen von Misshandlungen und Missbrauch.

36. 2010 erklärte die Palästinensische Behörde, sie beabsichtige im Zusammenhang mit ihrer Initiative, den Verkauf von Produkten aus Siedlungen in palästinensischen Märkten zu untersagen, palästinensische Arbeitskräfte aus den Siedlungen abzuführen. Da im Westjordanland jedoch keine ausreichenden Alternativen für eine ähnlich entlohnte produktive Beschäftigung zur Verfügung stehen, hält der Zustrom palästinensischer Arbeitskräfte in die Siedlungen an. Die Palästinensische Behörde prüft, welche potentielle Rolle der Palästinensische Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz bei der Unterstützung der Wiedereingliederung von Arbeitskräften aus den Siedlungen in die palästinensische Wirtschaft übernehmen könnte, möglicherweise durch Ausbildungs-, Vermittlungs- und Subventionsprogramme.

37. Die Arbeitslosigkeit ging 2010 nur geringfügig zurück, von 239.000 im vierten Quartal 2009 auf 234.000 ein Jahr später. Dadurch verringerte sich die Arbeitslosenquote im Westjordanland von 18,1 auf 16,9 Prozent und in Gaza von 39,3 auf 37,4 Prozent (Übersicht 2.1). Dieser relativ geringe Rückgang zeigt, dass der Arbeitsmarkt bereits vorher über eine sehr geringe Aufnahmefähigkeit verfügte, denn Unternehmen konnten (entsprechend dem Wachstum des BIP) die Produktion erhöhen, ohne viele neue Arbeitskräfte einzustellen.

38. Die Gesamterwerbsquote von 41,1 Prozent im Jahr 2010 ist im internationalen Vergleich bereits sehr niedrig, während die Arbeitslosenquote von 23,7 Prozent zu den höchsten in der Welt zählt. Von der geringen Erwerbsbeteiligung und hohen Arbeitslosigkeit sind vor allem Frauen und jungen Menschen betroffen. Im vierten Quartal 2010 lag die Erwerbsbeteiligung der Frauen bei lediglich 15,3 Prozent, bei Männern hingegen bei 67,2 Prozent, und die Arbeitslosenquote der Frauen belief sich auf 23,2 Prozent (PCBS, 2011c). Zwar haben Frauen im Bildungsbereich große Fortschritte gemacht, das geschlechtsspezifische Gefälle bei den Einschulungsquoten in Grundschulen überwunden und im Bereich der sekundären und tertiären Bildung die Einschulungsquoten der Männer sogar übertroffen (Weltbank, 2010), dies führte jedoch nicht zu Fortschritten auf dem Arbeitsmarkt, was einen großen Verlust an wirtschaftlichem Potential darstellt. Berufstätige Frauen sind vorwiegend im Dienstleistungs- und Landwirtschaftssektor anzutreffen, oft in der informellen Wirtschaft ohne jede Form von sozialem Schutz. Hinzu kommt, dass ein höherer Anteil von Frauen unsichtbare Arbeit leistet, z. B. als mithelfende erwerbstätige Familienangehörige oder im Rahmen anderer gering entlohnter Tätigkeiten wie Reinigungsarbeiten, die sie mitunter nicht deklarieren, insbesondere wenn es sich um eine Tätigkeit in Jerusalem oder auf anderen israelischen Märkten jenseits der Sperrmauer ohne eine Genehmigung handelt. In der formalen Wirtschaft tätige Frauen stehen oft vor anderen Hindernissen, z. B. Diskriminierung bei der Entlohnung und Leistungen sowie ein unzureichender Schutz vor willkürlicher Entlassung, was bei Schwangeren offenbar nicht ungewöhnlich ist. Die Mobilität der Frauen wird außerdem durch Restriktionen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs aufgrund der militärischen Besatzung eingeschränkt, zusätzlich zu den zahlreichen Hindernissen, die Frauen bei der Suche nach menschenwürdiger Arbeit antreffen.

39. 2010 waren nur 25,8 Prozent aller jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren erwerbstätig, und 38,8 Prozent von ihnen waren arbeitslos. Die Erwerbsbeteiligung junger Frauen (8,4 Prozent) ist wesentlich niedriger als die junger Männer (42,5 Prozent), und ihre Arbeitslosigkeit liegt wesentlich höher (siehe Übersicht 2.3). Am schlimmsten ist die Situation in Gaza, wo die Aussichten für Jugendliche im erwerbsfähigen Alter besonders ungünstig sind. Erschütternde 61,2 Prozent der jungen Männer und 75,8 Prozent der jungen Frauen in der Erwerbsbevölkerung sind arbeitslos. Der israelische Arbeitsmarkt ist seit April 2006 für alle Arbeitnehmer aus Gaza geschlossen, sodass arbeitsfähige junge Männer bei niedrigen Löhnen und geringer Produktivität vorwiegend im Dienstleistungssektor, in der Landwirtschaft und im Handel tätig sind. Seit Beginn der Blockade im Jahr 2007 haben sich viele junge Männer, darunter auch viele, die jünger sind als das nach palästinensischem Arbeitsrecht legale Beschäftigungsalter, um eine Beschäftigung unter gefährlichen Bedingungen in der informellen Tunnelwirtschaft bemüht, da keine anderen Alternativen zur Verfügung stehen.

Übersicht 2.3. Erwerbs- und Arbeitslosenquoten von Jugendlichen, Altersgruppe 15 bis 24, 2009 und 2010

	2009	2010		
	Insgesamt	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Erwerbsquote von Jugendlichen (%)	26,7	25,8	42,5	8,4
Westjordanland	29,6	29,1	47,7	9,6
Gaza	22,1	20,4	33,9	6,4
Arbeitslosenquote von Jugendlichen (%)	38,9	38,8	36,8	49,6
Westjordanland	29,5	28,2	26,2	38,8
Gaza	59,2	63,4	61,2	75,8

Quelle: PCBS, Labour Force Survey database, 2009-10.

40. 2010 fiel die mit Verbrauchsdaten auf Grundlage eines Haushalts für grundlegende Bedarfsausgaben ermittelte Armutsquote im besetzten palästinensischen Gebiet von 26,2 Prozent im Jahr 2009 geringfügig auf 25,2 Prozent (PCBS, 2011 d). Andererseits stieg der Anteil der tiefen Armut geringfügig von 13,7 Prozent im Jahr 2009 auf 14,1 Prozent⁴. Es gab große Unterschiede zwischen dem Westjordanland und Gaza. Im Westjordanland lag die Armutsquote 2010 bei 18,3 Prozent und die Quote der tiefen Armut bei 8,8 Prozent, während die Zahlen für Gaza 38 und 23 Prozent betragen. Diese Quoten tragen dem tatsächlichen Verbrauch Rechnung. Ohne Berücksichtigung der Sozialhilfe würde die Armut in Gaza auf 48,2 Prozent und die Quote der tiefen Armut auf 33 Prozent ansteigen (ebd.). Nach Angaben der Weltbank erhielten 2009 mindestens 71 Prozent aller Menschen in Gaza mindestens eine Form von Sozialhilfe (Weltbank, 2011). Die Hilfe der Geber hat zweifellos dafür gesorgt, dass die Armutsquoten erheblich niedriger lagen als es sonst der Fall gewesen wäre, besonders in Gaza sind jedoch weite Teile der Bevölkerung weiterhin stark gefährdet.

Preise und Löhne

41. 2010 stieg die Inflation im besetzten palästinensischen Gebiet etwas an. Gemäß dem PCBS-Verbraucherpreisindex stiegen die Verbraucherpreise 2010 um 3,75 Prozent nach einem Anstieg von 2,75 Prozent im Jahr 2009 (PCBS, 2010 und 2011 e). Zu den am stärksten von Preisanstiegen betroffenen Ausgabengruppen gehörten Nahrungsmittel (3,4 Prozent), Bekleidung (3,9 Prozent) und Bildung (6 Prozent). Was regionale Unterschiede betrifft, so war der Preisanstieg höher im Westjordanland (4,2 Prozent), in Ostjerusalem (5,3 Prozent) und niedriger in Gaza (1,7 Prozent). Die relativ geringe Inflation in Gaza kann auf die Einfuhr von mehr Gütern in das Gebiet seit Juni 2010 zurückgeführt werden, da so der inflationäre Druck verringert wurde, der vorher durch Liefer-schwierigkeiten entstanden war.

42. Zwar stiegen die nominalen Löhne im Westjordanland und im öffentlichen Sektor in Gaza gegenüber 2009 geringfügig an, die Reallöhne sind jedoch gefallen (Übersicht 2.4). Im privaten Sektor fiel der Rückgang stärker aus, im Westjordanland (-4,4 Prozent) ebenso wie in Gaza (-6,8 Prozent). Andererseits steigen die Reallöhne von

⁴ Die Grenze der tiefen Armut, einem Haushalt für Nahrungsmittel, Kleidung und Unterkunft entsprechend, belief sich auf 1.783 Neue Israelische Schekel (NIS) (478 US-\$), während die Armutsgrenze, die noch weitere Grundbedürfnisse berücksichtigt, wie z. B. Gesundheitsversorgung, Bildung, Verkehrsmittel, Körperpflege und Haushaltungsmittel, sich im Jahr 2010 auf 2.237 NIS (609 US-\$) belief (PCBS, 2011 d).

palästinensischen Arbeitnehmern in Israel und in den Siedlungen um 2,3 Prozent und entsprachen in etwa dem doppelten täglichen Durchschnittslohn im privaten Sektor des Westjordanlands. Somit besteht ein starker Anreiz, in Israel und in den Siedlungen zu arbeiten, und ohne einen wachsenden palästinensischen privaten Sektor mit einer ausreichenden Kapazität zur Aufnahme von Arbeitskräften und der Möglichkeit, höherwertige Tätigkeiten anzubieten, wird sich daran nichts ändern.

Übersicht 2.4. Nominale und reale Durchschnittslöhne und Preise, 2010

	Westjordanland	Gaza
Durchschnittlicher Tageslohn (NIS), 2010		
Öffentlicher Sektor	90,6	73,9
Privater Sektor	81,4	41,6
Israel und Siedlungen	157,9	-
Reallohnveränderungen 2010/2009 (%)		
Öffentlicher Sektor	-0,7	0,8
Privater Sektor	-4,4	-6,8
Israel und Siedlungen	2,3	-
Verbraucherpreisindex 2010 (%)	4,24	1,72

Quelle: PCBS, Labour Force Survey (2009-10) und Daten des Verbraucherpreisindex (2011e).

43. Die Palästinensische Behörde prüft gegenwärtig die Möglichkeit, einen Mindestlohn einzuführen (wie in Kapitel 4 erörtert), für den der PGFTU seit langem eintritt. In richtiger Höhe festgelegt, könnte ein Mindestlohn dazu dienen, das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern zu verringern und für gefährdete Arbeitnehmer einen sozialen Basisschutz festzulegen, um so potentiell ihre Produktivität anzuheben. Er könnte auch den palästinensischen privaten Sektor für Arbeitnehmer attraktiver machen, die sich sonst um eine Beschäftigung in Israel oder den Siedlungen bemühen würden. Angesichts der gegenüber Israel sehr unterschiedlichen Bedingungen wäre es jedoch unrealistisch zu erwarten, dass der palästinensische Mindestlohn in ähnlicher Höhe wie in Israel festgelegt werden könnte. Denn man muss berücksichtigen, dass palästinensische Unternehmer mit bestimmten Hindernissen konfrontiert sind, die ihre Wettbewerbsfähigkeit einschränken, z. B. höhere Transaktionskosten durch die Begrenzungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs. Andererseits müssen palästinensische Arbeitnehmer, die die Sperrmauer passieren und in Siedlungen arbeiten, oft lange und umständliche Anfahrten sowie hohe Transportkosten in Kauf nehmen, so dass selbst eine partielle Verringerung des Lohngefälles zwischen dem palästinensischen privaten Sektor und Israel und den Siedlungen etliche von ihnen veranlassen könnte, im palästinensischen Privatsektor zu arbeiten, sofern eine ausreichende Nachfrage nach Arbeitskräften besteht.

Physische Hindernisse für nachhaltiges Wachstum im Westjordanland

44. Ein vielschichtiges System von Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs, einschließlich von Kontrollpunkten, Straßensperren, Erdwällen, Gräben und Toren, verbunden mit einem komplizierten, undurchsichtigen und restriktiven System von Genehmigungen, auch an anderer Stelle in diesem Bericht beschrieben, beeinträchtigt weiterhin das Wachstum und die Existenzgrundlagen im Westjordanland. Die Sperr-

mauer dürfte das größte Hindernis für die Bewegungsfreiheit innerhalb des Westjordanlands sein⁵. Im ersten Halbjahr 2010, auf das ein großer Teil des BIP-Wachstums im Jahr 2010 im Westjordanland entfiel, wurden etliche Kontrollpunkte und Straßensperren östlich der Sperrmauer aufgehoben und einige Genehmigungsvorschriften außer Kraft gesetzt. Die Gesamtzahl physischer Hindernisse fiel von 626 im März 2009 bis Juli 2010 auf 505. Davon waren 64 ständig und 25 temporär besetzte Kontrollstellen (OCHA, 2011a). Im zweiten Halbjahr gab es keine weitere Lockerung der Abriegelung. Im Verlauf des Jahres 2010 wurden monatlich durchschnittlich 414 zufällige oder „fliegende“ Kontrollstellen beobachtet (ebd.). Durch die Aufhebung dieser Hindernisse wurde zwar die Bewegungsfreiheit zwischen palästinensischen Städten verbessert, es gab jedoch auch weitere Einschränkungen beim Zugang zur sogenannten „Randzone“ zwischen der Sperranlage und der Grünen Linie sowie zu Ostjerusalem. Auch der Zugang zum Jordantal und der Umgebung von Siedlungen wird weiter streng kontrolliert.

45. Mit der Sperrmauer ist im Westjordanland ein neues System für den gewerblichen Verkehr entstanden. Fünf Übergangsstellen an der Sperrmauer ermöglichen es palästinensischen LKWs, Waren nach Israel oder durch Israel auszuführen oder Einfuhren mit Hilfe eines Umladesystems von LKW zu LKW abzuwickeln. Die israelischen Behörden haben zwar hohe Summen in die physische und der Sicherheit dienende Infrastruktur investiert, um das Umladeverfahren von LKW zu LKW zu erleichtern, die Effizienz der gewerblichen Übergangsstellen wird jedoch von Vertretern des palästinensischen privaten Sektors und Beobachtern wie dem Palästinensischen Handelszentrum (Pal Trade) unter Hinweis auf eine Reihe hoher Transaktionskosten angezweifelt. Diese entstehen z. B. durch die mit der Aufteilung von Waren auf Paletten nach strikten Vorschriften verbundenen Unannehmlichkeiten und Aufwendungen, unzureichende Zugangsstraßen für schwere LKWs, lange Warte-, Inspektions- und Transferzeiten im Zusammenhang mit dem Umladesystem, beschränkte Arbeitszeiten oder -tage an den Übergängen sowie gelegentlich willkürliche und nicht angekündigte Änderungen des Verfahrens (Pal Trade, 2010a). Die Transportkosten sind ebenfalls stark gestiegen. Außerdem besteht ein höheres Risiko, dass bestimmte Waren, insbesondere landwirtschaftliche Erzeugnisse, beschädigt werden, da diese rasch befördert werden müssen, um ihren Wert zu erhalten. Oft kommt es jedoch zu längeren Wartezeiten an frischer Luft, ohne dass an Übergängen Kühleinrichtungen zur Verfügung stehen.

46. Der Marktzugang ist eine Voraussetzung für das Überleben und Wachstum des palästinensischen privaten Sektors und somit auch für die nachhaltigen Existenzgrundlagen der Palästinenser. Am 13. April 2011 unterzeichnete die Europäische Union (EU) eine Vereinbarung mit der Palästinensischen Behörde, durch die alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, verarbeitete Agrarprodukte und Fisch und Fischereiprodukte aus dem Westjordanland und Gaza unverzüglich einen zollfreien Zugang zum Markt der EU erhalten (Europäische Kommission 2011). Um größtmögliche Vorteile aus solchen Handelsvereinbarungen zu ziehen, müssten Zugangsbeschränkungen zu landwirtschaftlichen Flächen und zum Meer aufgehoben und Ausfuhrmöglichkeiten geschaffen werden, deren Kosten die palästinensischen Erzeuger nicht ihrer Wettbewerbsfähigkeit berauben. Abgesehen von den gewerblichen Übergängen in der Sperrmauer ist gegenwärtig die einzig mögliche Option die Allenby-Brücke nach Jordanien. Sie wird ebenfalls von den israelischen Behörden kontrolliert und verfügt nur über begrenzte Kapazität. Die Transportkosten nach Europa sind bei dieser Route wesentlich höher. Ein wesentlich effekti-

⁵ Im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 zur Sperrmauer wurde die sofortige Einstellung und Rückgängigmachung der Baumaßnahmen sowie eine Wiedergutmachung sämtlicher dadurch verursachter Schäden gefordert. Dies wurde anschließend von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution A/RES/ES-10/15 vom 20. Juli 2004 gebilligt.

verer Absatz auf regionalen Märkten wäre jedoch möglich, wenn der Handel mit arabischen Nachbarländern künftig zunehmen würde. Schließlich benötigen die palästinensischen Produzenten freien Zugang zu Binnenmärkten, um die inländische Aufnahmekapazität zu erhöhen, die Selbstversorgung zu erreichen und von Größenvorteilen profitieren zu können. Seit der Blockade von Gaza im Jahr 2007 ist der Handel zwischen dem Westjordanland und Gaza jedoch zu Stillstand gekommen, und wegen der zunehmend strikten Einschränkungen der israelischen Behörden wird den Zugang zu Ostjerusalem für palästinensische Erzeuger aus dem Westjordanland immer schwieriger.

47. In 70 Prozent des Gebietes C⁶, das als Sperr- oder Restriktionszone gilt, in der sich zahlreiche israelische Siedlungen befinden, sind palästinensische Bauarbeiten untersagt. Für den verbleibenden Bereich werden von den israelischen Behörden nur selten Genehmigungen für Bau- oder Entwicklungstätigkeiten ausgestellt. 2010 hat das israelische Militär 368 palästinensische Bauten abgerissen, die ohne Genehmigung im Gebiet C erstellt worden waren, zusätzlich zu 91 Bauten in Ostjerusalem. Politischer Druck hat zwar dazu geführt, dass Anfang 2011 in Ostjerusalem weniger Abrisstätigkeiten durchgeführt wurden, es gab jedoch einen starken Anstieg von Abrisstätigkeiten im Gebiet C: im ersten Quartal 2011 wurden 160 Bauten zerstört (OCHA, 2011a). Der Zugang zu Grund und Boden im Gebiet C ist von entscheidender Bedeutung für die palästinensische industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung und somit auch für das Wachstum der Produktions- und Absorptionskapazität der palästinensischen Wirtschaft.

Gaza: Bewältigung der Folgen der Belagerung

48. Nach einer dreijährigen Blockade von Gaza mit verheerenden Folgen kündigte die israelische Regierung im Juni 2010 nach dem Vorfall im Zusammenhang mit der Mavi-Marmara-Flotte bestimmte Maßnahmen an, um den Zugang zu erleichtern. So gibt es nicht mehr eine Liste mit Gütern, die nach Gaza importiert werden dürfen, sondern Waren können eingeführt werden, wenn sie nicht auf einer von zwei Listen mit verbotenen Einfuhren aufgeführt sind, wobei sich bei der einen Liste um eine erweiterte Version der internationalen Liste von Gütern „für duale Verwendung (zivil-militärisch)“ handelt, während die andere eine Vielzahl von Baumaterialien aufführt, z. B. Zement, Stahl und Kies. Zu den angekündigten Maßnahmen gehört auch eine höhere Zahl von Bewilligungen von Bauprojekten, die von einigen internationalen Organisationen finanziert werden, sowie die Erweiterung der Kapazität der Übergangsstelle Kerem Shalom (OCHA, 2011b). Doch abgesehen von 200 LKW-Ladungen mit Erdbeeren und Schnittblumen für europäische Märkte im Rahmen eines von den Niederlanden unterstützten Projekts wurden Ausfuhren 2010 generell untersagt, während sich der Personenverkehr auf humanitäre Fälle (hauptsächlich medizinische Notfälle) und eine begrenzte Anzahl von Personen, die über eine besondere geschäftliche Genehmigung verfügen, beschränkt. Die neuen Maßnahmen bewirken jedoch nur eine geringe Erleichterung; Gaza befindet sich nach wie vor in Belagerungszustand, da Israel eine lückenlose Kontrolle über den Personen- und Warenverkehr sowie über den See- und Luftraum des Gebiets ausübt.

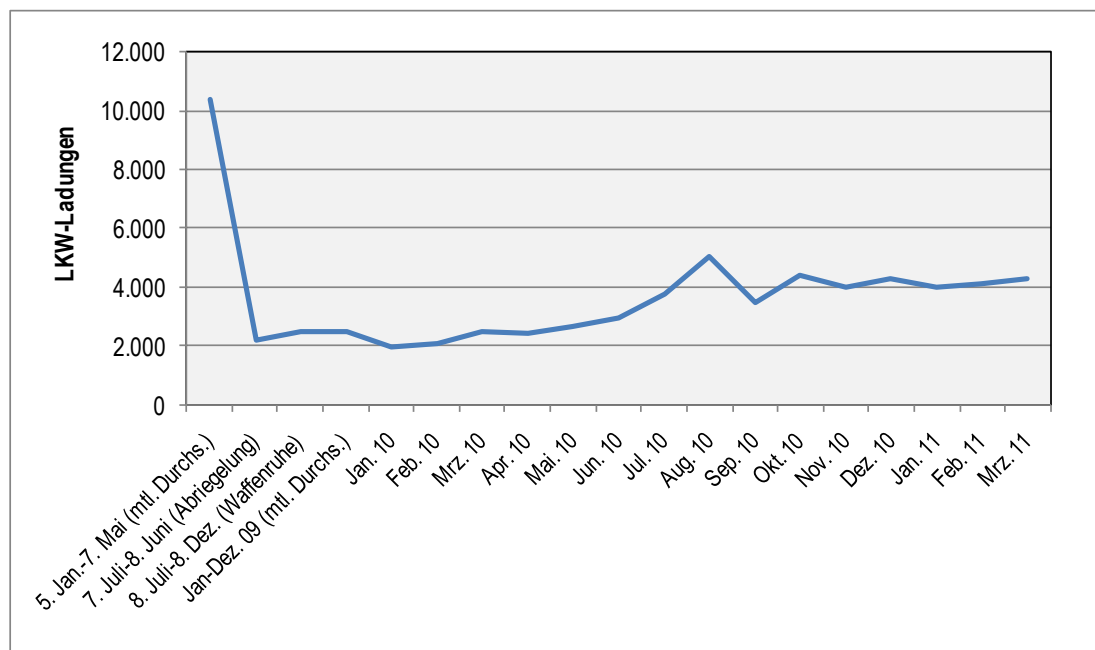
49. Dank der neuen Maßnahmen haben sich die monatlichen Importe nach Gaza etwa verdoppelt, von 2.000 auf 4.000 LKW-Ladungen im zweiten Halbjahr 2010 (siehe Abbildung 2.3). Doch selbst mit diesem Zuwachs erreicht das Volumen der Einfuhren nur knapp 40 Prozent des monatlichen Durchschnittswertes vor der Blockade. Hier sollte festgehalten werden, dass die Vereinbarung vom November 2005 über Bewegungsfrei-

⁶ Auf das Gebiet C entfallen 60 Prozent des Westjordanlandes, darunter seine größten Wasservorkommen und das fruchtbarste Ackerland.

heit und Zugang (AMA) für Ende 2006 einen täglichen Strom von 400 LKW-Passagen aus und nach Gaza vorsah, ein Niveau, das bereits viel niedriger lag als bei vor Ausbruch der zweiten Intifada. Dieses Niveau wurde jedoch nie erreicht.

50. Der Kerem-Shalom-Übergang wurde zwar erweitert, alle anderen gewerblichen Übergänge wurden jetzt jedoch geschlossen, so auch das Förderband bei Karni seit März 2011. Die größere Kapazität bei Kerem Shalom reicht nicht aus, die Kapazität aller anderen geschlossenen Übergänge zu ersetzen; hinzu kommt, dass LKWs eine längere Anfahrt und höhere Transportkosten in Kauf nehmen müssen, da sich der Übergang am südlichen Ende von Gaza befindet. Wenn der Übergang zeitweise geschlossen ist, kommt der Warenverkehr nach Gaza völlig zum Erliegen.

Abbildung 2.3. Einfuhren nach Gaza: Durchschnittliche Anzahl monatlicher LKW-Ladungen, 2005-11



Quelle: PalTrade (2010b); OCHA (2011c) (für Daten von Januar 2010).

51. Die Produktionssektoren in Gaza leiden weiter unter der Blockade. Die Unfähigkeit, legale Bauarbeiten durchzuführen oder Waren auszuführen, hat dazu geführt, dass der Industriesektor von Gaza, dessen Infrastruktur durch die israelische Militäroperation „Gegossenes Blei“ im Jahr 2009 starke Zerstörungen erlitt, noch immer über eine sehr geringe Kapazität verfügt. Nach Angaben des Palästinensischen Industrieverbandes (PFI) beschäftigte der Industriesektor in Gaza im März 2011 etwa 12.500 Menschen gegenüber 51.000 im Mai 2007 vor der Blockade (PFI, 2011). Die langandauernde Arbeitslosigkeit qualifizierter Arbeitnehmer und Techniker hat bereits zu einem Verlust von Qualifikationen geführt, was die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Industrie von Gaza weiter schwächt.

52. Die Landwirtschaft wurde ebenfalls stark geschädigt. Große Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche fallen in die von Israel festgelegte Pufferzone, offiziell das Gebiet innerhalb von 300 Metern zur israelischen Grenze, und in die inoffizielle Hochrisikozone, die sich bis 1.000 oder 1.500 Meter von der Sperrmauer erstreckt. Das israelische Militär feuert häufig Warnschüsse auf jeden, der versucht, in dieses Gebiet einzudringen, um das Land zu bebauen oder nach Schutt oder verwertbaren Abfällen zu suchen. Es gibt Berichte über zahlreiche Todesfälle. Nach Angaben von OCHA gehen

jedes Jahr durch die Planierung von Land und Zugangsbeschränkungen geschätzte 75.000 Tonnen an potentiellen landwirtschaftlichen Produkten im Marktwert von 50,2 Millionen US-Dollar verloren (OCHA, 2010c). Der beschränkte Zugang zu kultivierbarem Land hat in Verbindung mit den großen Schäden der Bewässerungssysteme und anderer Infrastruktureinrichtungen im Verlauf der Operation „Gegossenes Blei“ die landwirtschaftliche Produktivität stark verringert. Viele Landwirte waren so gezwungen, wesentlich weniger gewinnträchtige niederschlagsabhängige Früchte wie Weizen und Hopfen für den inländischen Verbrauch anzubauen, weiter im Inland von Gaza gelegene Flächen zu pachten und in begrenztem Umfang Viehzucht zu betreiben (z. B. Hühnerzucht), in der Regel auf eigenem Gelände (ebd.).

53. Die Fischer befinden sich ebenfalls weiter in einer schwierigen Situation, da die Fischerei jenseits der niedrigen Gewässer bis zu drei Seemeilen von der Küste von Gaza vom israelischen Militär untersagt wird⁷. Dies führte zur Verwendung kleinerer Netze, um kleinere und weniger gewinnbringende Fische wie Jungsardinen zu fangen, Überfischung in den seichten Gewässern und höheren Fischimporten von Ägypten durch die Tunnel unter der Grenze bei Rafah. Viele Fischer in Gaza waren gezwungen, sich nach anderen Erwerbsmöglichkeiten umzusehen.

54. Während sich der legale private Sektor nicht entfalten kann, floriert die informelle Tunnelwirtschaft, der es offenbar sogar gelingt, sich an die höheren Einführen von Waren von Israel nach Gaza anzupassen. Es wird angenommen, dass sich die Anzahl der in Betrieb befindlichen Tunnel seit dem Vorjahr auf etwa zwei bis drei Hundert insgesamt halbiert hat, dass sich diese jedoch je nach komparativem Vorteil spezialisiert haben. Angeblich werden jeden Tag geschätzte 800.000 bis 1.000.000 Liter Treibstoff durch die Tunnel nach Gaza transportiert, und dies zu Kosten, die wesentlich geringer sind als die für aus Israel eingeführten Treibstoff. Dies hat dazu geführt, dass der Straßenverkehr und die Verwendung von Generatoren erheblich zugenommen haben. Gleichzeitig ist die Anzahl der Tunnel, die dem Schmuggel von sonst verbotenen Baumaterial (insbesondere Zement, Baustoffe und Stahl) gewidmet sind, von 50 auf 85 angestiegen, und sie beschäftigen etwa 2.000 bis 2.500 Arbeitskräfte (OCHA, 2011b). Dementsprechend wurden wieder mehr Bautätigkeiten in Angriff genommen, trotz der Bedenken hinsichtlich der Qualität der verwendeten Materialien.

55. In Dezember 2010 hat die israelische Regierung angekündigt, sie werde die Möglichkeit von Genehmigungen für Ausfuhren von landwirtschaftlichen Produkten, Möbeln und Textilien nach Europa, jedoch nicht nach Israel oder in das Westjordanland prüfen. Zum Zeitpunkt der Mission hatte diese Prüfung noch nicht stattgefunden. Zwar sind alle Verbesserungen beim Zugang willkommen, als Politik ist dies jedoch völlig unzureichend. Der Handel mit dem Westjordanland ist für die wirtschaftliche Entwicklung und territoriale Integrität eines zukünftigen palästinensischen Staates unverzichtbar. Die gegenwärtig von Geberunterstützung abhängigen Einwohner Gazas benötigen nachhaltige Existenzgrundlagen. Dafür ist nachhaltiges Wachstum erforderlich, und dies bedeutet exportorientiertes vom privaten Sektor ausgehendes Wachstum. Gaza benötigt auch weitreichende Bau- und Wiederaufbautätigkeiten, was bedeutet, dass die Einfuhr des notwendigen Materials gestattet werden muss. Der bestehende private Sektor muss wiederbelebt werden, und dies erfordert Personen- und Warenverkehr sowie Zugangsmöglichkeiten.

⁷ Seit Oktober 2006 haben die israelischen Streitkräfte die Fischerei auf strikt sechs Seemeilen vor der Küste Gazas beschränkt. Dies entspricht bereits eine Halbierung des Grenzwertes von zwölf Seemeilen, der in Bertini-Abkommen von 2002 festgelegt worden war, während die Abkommen von Oslo von 1995 den Palästinensern Fischereirechte bis zu 20 Seemeilen vor der Küste Gaza einräumten.

3. Trennung, Diskriminierung und Vertreibung: Palästinensische Arbeitnehmer und die Besetzung

56. Der Alltag palästinensischer Männer und Frauen, die für sich und ihre Familien einen Lebensunterhalt verdienen möchten, wird durch die Besetzung des Westjordanlands einschließlich Ostjerusalems und Gazas nach wie vor erheblich beeinträchtigt. Wie in Kapitel 2 beschrieben, werden vor allem die palästinensische Wirtschaft und der Arbeitsmarkt unter der Besetzung nicht in der Lage sein, für die wachsende und zunehmend junge palästinensische Erwerbsbevölkerung eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Eines gewissen Wachstum der palästinensischen Wirtschaft hat zwar für einige Menschen in der jüngsten Vergangenheit Chancen geschaffen, doch bleibt die Realität einer großen und wachsenden Zahl palästinensischer Männer und Frauen in den besetzten palästinensischen Gebieten von Arbeitslosigkeit, prekärer Arbeit und Armut gekennzeichnet.

57. Mehr als eine halbe Million israelischer Bürger - doppelt so viele wie zum Zeitpunkt der Abkommen von Oslo – leben heute in Siedlungen im Westjordanland einschließlich des besetzten Ostjerusalem und verstoßen damit gegen das Völkerrecht (IGH, 2004), und die verschiedenen von Israel durchgeführten Maßnahmen und Politiken haben zu einer weiteren Festigung und Ausweitung der israelischen Präsenz dort geführt. Enteignungen, Räumungen und Abrisse, Zugangs- und Bewegungseinschränkungen sowie einseitige Stadtplanungsmaßnahmen, vor allem in Ostjerusalem und im Gebiet C, hindern die Palästinenser daran, sich zu entwickeln, Arbeit zu finden und ihren Lebensunterhalt zu verdienen, kommen jedoch den Interessen der israelischen Bürger und Unternehmen in den Siedlungen im Westjordanland zugute. Diese Maßnahmen wurden als Manifestationen eines institutionalisierten Systems von Trennung, Marginalisierung und Diskriminierung beschrieben (B'Tselem, 2010a; Human Rights Watch, 2010; UN, 2010a). Das vorliegende Kapitel bietet einen aktuellen Einblick in einige der vor Ort bestehenden Maßnahmen und Fakten, die palästinensische Frauen und Männer daran hindern, ihr Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit und die untrennbar verbundenen Rechte auf Arbeit und Bildung auszuüben.

Ostjerusalem: Fortgesetzte Bedrohung der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit

58. Die Beschäftigungsmöglichkeiten im besetzten Ostjerusalem, historisch gesehen das Zentrum der palästinensischen Gesellschaft und Wirtschaft, sind für Palästinenser, die östlich der Sperrmauer (auf der „Westjordanland-Seite“) leben, nach wie vor stark eingeschränkt. Israel hat für das Betreten der Stadt ein Genehmigungssystem mit einer begrenzten Zahl von Genehmigungen eingeführt, und der Zugang ist nur über drei Kontrollpunkte möglich. Als Folge dessen hat sich die Fahrzeit zwischen palästinensischen Vororten von Ostjerusalem wie Bir Nabala, Al Ram oder Abu Dis in die Stadt verdreifacht (OCHA, 2011d). Rund 55.000 Palästinenser, die ihren ständigen Wohnsitz in Ostjerusalem haben und in Ortschaften auf der „Westjordanland-Seite“ der Sperrmauer leben, müssen nun einen Kontrollpunkt passieren, wenn sie zum Arbeiten, zu einer Sozialbehörde oder einem Gesundheitsdienst oder auch zu anderen Zwecken in die Stadt fahren möchten (ebd.). In ähnlicher Weise sind palästinensische Ortschaften auf der Ostjerusalem-Seite der Sperrmauer von ihren Arbeitsmöglichkeiten und dem sozialen Leben im Westjordanland abgeschnitten.

59. Ist man im Besitz eines Personalausweises des Westjordanlands, sind die Aussichten auf einen Arbeitsplatz in Ostjerusalem wegen vermutlicher Schwierigkeiten mit den Genehmigungsaufgaben und Verzögerungen beim täglichen Passieren der Kontrollstellen stark eingeschränkt. Diese Einschränkungen hindern die Palästinenser auch daran, aus Gründen wie Bildung, Ausbildung und Gesundheitsversorgung in die Stadt zu fahren. Die Bewegungseinschränkungen betreffen auch nach wie vor die Dozenten und Studenten der Al-Quds-Universität, deren Einrichtungen sich auf beiden Seiten der Sperrmauer befinden.

60. Große Sorge bereitet nach wie vor die Vertreibung von Palästinensern aus Ostjerusalem. Von 1967 bis Mitte 2010 wurde rund 14.000 palästinensischen Einwohnern von Jerusalem der Daueraufenthaltsstatus entzogen, wobei in jüngster Zeit ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war. Allein im Jahr 2008 wurden insgesamt 4.577 Personalausweise für Jerusalem für ungültig erklärt (OCHA, 2011d). Für einen Ehepartner aus dem Westjordanland ist es praktisch unmöglich, eine Aufenthaltsgenehmigung für Ostjerusalem zu bekommen. Seit dem Bau der Sperrmauer sind daher Familien, in denen ein Elternteil einen Personalausweis aus dem Westjordanland hat, in das Westjordanland umgezogen.

61. Die UN-Generalversammlung forderte Israel weiterhin auf, sich streng an seine völkerrechtlichen Verpflichtungen in Zusammenhang mit der Änderung des Charakters, des Status und der demografischen Zusammensetzung der besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich Ostjerusalems zu halten (UN, 2011b). Die Sperrmauer, deren Verlauf so angelegt ist, dass palästinensische Ortschaften vom Stadtgebiet Jerusalem ausgeschlossen werden, wirkt sich jedoch zunehmend als echte Grenze aus. Obwohl die palästinensischen Ortschaften auf der Westjordanland-Seite der Sperrmauer noch zur israelischen Stadtverwaltung von Jerusalem gehören, haben sich dort das Dienstleistungsangebot israelischer Einrichtungen und die Strafverfolgung durch Israel verschlechtert. Diese Ortschaften haben nachweislich an Attraktivität für Familien mit verschiedenen Aufenthaltsgenehmigungen (wobei ein Elternteil ein Aufenthaltsrecht für Israel besitzt und der andere einen Personalausweis des Westjordanlands) gewonnen, da Israel dort nicht das Genehmigungssystem für Besitzer eines Personalausweises aus dem Westjordanland umsetzt (OCHA, 2011d; Al-haq, 2010). Es muss jedoch nach wie vor befürchtet werden, dass diese Ortschaften irgendwann von der Stadtgrenze Jerusalem abgeschnitten werden und damit dort lebende Palästinenser ihren Daueraufenthaltsstatus für Jerusalem verlieren.

62. Im Juli 2010 forderte die UN-Menschenrechtskommission Israel auf, das Gesetz über die Staatsangehörigkeit und die Einreise nach Israel (vorläufige Bestimmungen) aus dem Jahr 2003 aufzuheben, das, abgesehen von einigen Ausnahmen, die Möglichkeit einer Familienzusammenführung von ständigen Einwohnern Jerusalems und ihren Ehepartnern aus anderen Orten im Westjordanland und im Gazastreifen aussetzte (OCHA, 2011d; OHCHR, 2010). Im Februar 2011 lehnte das israelische Innenministerium 364 von 841 Anträgen auf eine befristete Aufenthaltsgenehmigung von Palästinensern mit Personalausweis aus dem Westjordanland ab, die in Ostjerusalem geboren sind oder dort längere Zeit gelebt hatten. 2007 hatte die israelische Regierung entschieden, dass in diese Kategorie fallende Palästinenser keine Daueraufenthaltsgenehmigung für Jerusalem mehr bekämen und stattdessen eine befristete Genehmigung beantragen müssten. 31 Anträgen wurde stattgegeben, während über 446 noch nicht entschieden wurde (OCHA, 2011d).

63. Das Center for the Defense of the Individual (HaMoked) und die Vereinigung für Bürgerrechte in Israel (ACRI) haben im April 2011 beim Obersten Gerichtshof eine Petition eingereicht, in der ein Ende der Politik gefordert wird, bei der Palästinensern die

Aufenthaltsgenehmigung für Ostjerusalem entzogen wird, weil sie längere Zeit im Ausland gelebt oder in einem anderen Land einen Aufenthaltsstatus erworben haben (HaMoked, 2011). Die derzeitige Politik, die darin besteht, Palästinensern, die für eine Reihe von Jahren nicht in der Stadt gelebt haben, den Aufenthaltsstatus zu entziehen, stellt eine ernsthafte Gefährdung von Arbeits- und Studienmöglichkeiten im Ausland dar. Sie wirkt sich besonders auf Frauen aus, die häufig umsiedeln, um ihrem Ehepartner zu folgen.

Planungskrise, Abrisse und Räumungen: Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen

64. Der Abriss palästinensischer Bauten in Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes wurde fortgesetzt, wobei in letzter Zeit im Gebiet C eine starke Zunahme zu verzeichnen war. 2010 stieg die Zahl der Abrissaktionen im Gebiet C im Vergleich zu 2009 um 85 Prozent. Insgesamt wurden 644 Personen nach einem Abriss oder einer Räumung vertrieben, 533 davon im Gebiet C. In den ersten drei Monaten des Jahres 2011 wurden im Gebiet C weitere 308 Personen vertrieben (OCHA, 2011a). Auch in Ostjerusalem kommt es weiter zu Vertreibungen, weil Siedler palästinensisches Eigentum in palästinensischen Wohngebieten übernehmen (OCHA, 2011d).

65. Abgerissen werden Wohnhäuser von Familien und Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, kleine Läden, Zisternen und Ställe. Abrisse und Räumungen haben dramatische wirtschaftliche, soziale und psychologische Auswirkungen auf die palästinensischen Familien, wozu auch der Verlust des Arbeitsplatzes und die Bedrohung der Existenzgrundlage gehören kann (OCHA, 2011d und 2011e). Der daraus resultierende Druck auf die Familien führt zu mehr Armut und größerer Abhängigkeit von Hilfe, aber auch zu überfüllten Unterkünften, wachsender Gewalt gegen Frauen und ernst zu nehmenden psycho-sozialen und gesundheitlichen Konsequenzen für Kinder.

66. Aus Überwachungstätigkeiten der UN geht hervor, dass der Abriss palästinensischer Bauten häufig die Folge fehlender Baugenehmigungen ist und im Zusammenhang mit militärischen Aktionen oder als eine Art kollektiver Bestrafung erfolgt. Da es der israelischen Regierung nicht gelingt, „den palästinensischen Einwohnern Ostjerusalems den notwendigen Planungsrahmen zu geben, um ihren Grundbedarf an Wohnungen und Infrastruktur zu decken“ (OCHA, 2011d), und sie auch nicht für die entsprechenden Flächennutzungspläne und Grundbucheinträge sorgt, wissen sich viele Palästinenser nicht anders zu helfen, als ohne die erforderlichen Genehmigungen zu bauen. Wie OCHA feststellt, scheint die israelische Stadtplanung „darauf angelegt zu sein, in der Stadt eine Bevölkerungsmehrheit jüdischer Einwohner gegenüber den Palästinensern aufrecht zu erhalten“ (ebd.).

67. Die meisten Abrissaktionen im Gebiet C betreffen Bauten in Gebieten, die von der israelischen Armee als „Schießzone“ für militärische Ausbildungszwecke angewiesen sind. Beduinengemeinschaften, die überwiegend im Gebiet C leben und sich von Viehhaltung und Landwirtschaft ernähren, sind von solchen Abrissmaßnahmen besonders stark betroffen. Obwohl in diesen Gebieten nachweislich keine oder nur wenig militärische Ausbildung stattfindet, sind die betroffenen Gruppen ständig von Abriss und Räumung bedroht (OCHA, 2011e). Im März 2011 nahmen die israelischen Behörden zum sechsten Mal im palästinensischen Dorf Khirbet Tana in einer Beduinengemeinschaft von 250 Personen Abrissmaßnahmen vor und zerstörten alle Gebäude und Bauten mit Ausnahme einer 150 Jahre alten Moschee (B'Tselem, 2011a).

Von Siedlern ausgehende Gewalt im Westjordanland

68. Gewalttätige Zwischenfälle mit Beteiligung israelischer Siedler halten im Westjordanland unvermindert an. OCHA meldet einen Anstieg bei der von Siedlern ausgehenden Gewalt um 26 Prozent bei 352 Zwischenfällen im Jahr 2009 und 476 Zwischenfällen im Jahr 2010 (OCHA, 2011f). 2010 wurden 79 gewalttätige Zwischenfälle mit palästinensischen Todesopfern und 219 solcher Zwischenfälle mit Sachbeschädigungen an palästinensischem Eigentum gemeldet. Im gleichen Zeitraum gab es bei 32 gewalttätigen Zwischenfällen Tote auf israelischer Seite und in 83 Fällen Sachschäden an israelischem Eigentum (OCHA, 2011g)⁸. Sorge bereitet weiterhin die unzureichende Untersuchung und Strafverfolgung durch die israelischen Behörden von Anzeigen von Gewalttaten von Siedlern gegen Palästinenser und ihr Eigentum (B'Tselem, 2010a; DCI, 2010). Yesh Din, eine Menschenrechtsorganisation, die sich mit Fortschritten bei der Bearbeitung von Anzeigen befasst, die Palästinenser bei der israelischen Polizei erstattet haben, berichtet, dass mehr als 90 Prozent der seit 2005 überwachten 600 Fälle ohne Anklageerhebung zu den Akten gelegt wurden (Yesh Din, 2011).

69. Von israelischen Siedlern ausgehende Gewalttaten gegen Palästinenser haben erhebliche Auswirkungen auf deren Fähigkeit, an ihren Arbeitsplatz zu gelangen, und sie sind oft auf die Zerstörung von Eigentum ausgerichtet, das die Existenzgrundlage der Palästinenser bildet, wie Kulturen und Bäume, z. B. durch das Planieren von Land und Entwurzeln von Bäumen. Palästinensische Landwirte, die in der Nähe von Siedlungen ihr Land betreten möchten, laufen Gefahr, von Siedlern angegriffen zu werden. Zwar gewährte die israelische Armee während der Olivenernte 2010 eine Zeit lang einen gewissen Schutz, doch war insgesamt ein spürbarer Anstieg der Gewalttaten gegenüber den Erntezeiten 2008 und 2009 festzustellen (OCHA, 2010d). Die von Siedlern ausgehende Gewalt wirkt sich besonders verheerend auf palästinensische Frauen aus, weil sie u.a. deren Bewegungsfreiheit einengt.

Schrumpfendes Weideland: Palästinensische Landwirte und Viehzüchter im Westjordanland

70. Anders als es das landwirtschaftliche Potenzial des Westjordanlandes und des Gazastreifens vermuten lässt, sind lediglich 12,5 Prozent der Palästinenser in der Landwirtschaft beschäftigt (PCBS, 2011c), und dabei handelt es sich nach wie vor um den Sektor der palästinensischen Wirtschaft, in dem die meisten Frauen beschäftigt sind. Aufgrund der fortgesetzten israelischen Einschränkungen beim Landzugang können einstweilen keine weiteren Arbeitsplätze in der Landwirtschaft geschaffen werden. Beduinengemeinschaften, die für die Erwirtschaftung ihres Lebensunterhalts Land für Viehzucht und Landwirtschaft benötigen, leiden ganz besonders unter dieser Situation.

⁸ Die OCHA-Daten über von Siedlern ausgehende Gewalttaten mit Todesfolge „umfassen alle Gewalttaten, an denen israelische Siedler und Palästinenser beteiligt sind, einschließlich der Fälle, in denen eine Verletzung von einem Mitglied der israelischen Streitkräfte bei einem Einsatz während eines solchen Zwischenfalls verursacht wurde“ (OCHA, 2011g). Am 6. April 2011 kündigte die israelische Armee an, dass jeder Fall, bei dem unbeteiligte Palästinenser durch israelische Streitkräfte getötet werden, künftig unverzüglich von der Militärpolizei untersucht werden sollen. Diese Politik findet Anwendung, es sei denn, der Vorfall erfolgte bei Kampfhandlungen. Sie ist nicht auf Gaza anwendbar (IDF, 2011). Systematische Untersuchungen waren nach dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 ausgesetzt worden.

71. Das in den Abkommen von Oslo festgelegte Gebiet C macht 62 Prozent des Westjordanlands aus und umfasst den Hauptteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche und des Weidelandes der Palästinenser. In 70 Prozent des Gebiets C sind allerdings landwirtschaftliche Tätigkeiten der Palästinenser verboten, weil sie entweder zu israelischen Siedlungen gehören, als Naturschutzgebiet ausgewiesen, geschlossen oder militärisches Sperrgebiet sind oder in Zusammenhang mit der Sperrmauer stehen (UNSCO, 2011). Nach wie vor sind Aktivitäten von Siedlern zu verzeichnen, mit denen Palästinenser von Land in der Umgebung von Siedlungen vertrieben werden sollen oder auch Land im Privatbesitz von Palästinensern besetzt werden soll (OCHA, 2011g).

72. Im Jordantal werden nur vier Prozent des Landes von Palästinensern bewirtschaftet. Rund 33 Prozent des Westjordanlands, vor allem im Jordantal, sind aus militärischen Gründen gesperrt oder als Naturschutzgebiet ausgewiesen (UNSCO, 2011). Große landwirtschaftliche Flächen sind jedoch in israelischen Siedlungen aufgegangen und erbringen so einen Beitrag zur israelischen Volkswirtschaft. Von Israelis durchgeführte landwirtschaftliche Projekte werden von der israelischen Regierung subventioniert (B'Tselem, 2010b). Tausenden palästinensischer Frauen und Männer ist es verwehrt, auf ihrem Land zu arbeiten und damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen; stattdessen verdingen sie sich als Tagelöhner in israelischen Siedlungen zu Bedingungen, die der Ausbeutung sehr nahe kommen (wie im Folgenden beschrieben).

73. Die Sperrmauer schneidet zahlreiche palästinensische Ortschaften von ihrem Agrarland ab, und wie OCHA festgestellt hat, nehmen die Beschränkungen des Zugangs zu landwirtschaftlich genutztem Land hinter der Sperrmauer zu (OCHA, 2010e). Seit 2003 müssen Landwirte im nördlichen Westjordanland, die ihr eigenes, zwischen der Sperrmauer und der Grünen Linie (in der „Randzone“) gelegenes Land betreten wollten, eine „Besuchergenehmigung“ beantragen. Nach Angaben von OCHA hat die Beobachtung der Lage im nördlichen Westjordanland „ergeben, dass die Kombination der restriktiven Erteilung von ‚Besucher‘-Genehmigungen und der geringen Anzahl der Tore in der Sperrmauer sowie ihrer kurzen Öffnungszeiten die Durchführung landwirtschaftlicher Tätigkeiten erheblich beschnitten und die Existenzgrundlagen auf dem Lande unterminiert hat“ (ebd.). Darüber hinaus sind zusätzliche Genehmigungen für den Transport landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte in dieses Gebiet erforderlich.

74. Seitdem mehr Teile der Sperrmauer fertig geworden sind, sind auch mehr Gebiete isoliert und gelten als Sperrgebiete, auch in den Distrikten Ramallah, Hebron, Salfit, Bethlehem und Jerusalem. Während ursprünglich eine Anmeldung bei den israelischen Behörden und das Vorzeigen eines Personalausweises an den Toren in der Sperrmauer genügte, um Zutritt zum Land hinter der Sperrmauer zu erhalten, wird die Regelung mit den Besuchergenehmigungen nun auch schrittweise auf diese neu eingerichteten Sperrgebiete angewandt. In Anbetracht der tendenziell sinkenden Gesamtzahl von Genehmigungen bestehen Befürchtungen, dass die bestehende Regelung nicht nur die Existenzgrundlagen von Palästinensern gefährdet, sondern auch eine De-facto-Annexion von Land in der Randzone fördert. Nach Angaben von ACRI hat die Landfläche, die von anderen Teilen des Westjordanlandes getrennt ist, in den letzten vier Jahren um 30 Prozent zugenommen, während gleichzeitig die Zahl der Landwirten in diesem Gebiet ausgestellten Genehmigungen um 87 Prozent zurückgegangen ist. Palästinenser müssen komplizierte bürokratische Verfahren bewältigen, um eine Genehmigung zum Betreten des eigenen Landes zu erhalten, während israelische Bürger freien Zutritt zur Randzone haben (ACRI, 2011).

75. In einer Entscheidung vom 5. April 2001 über Petitionen, die von zwei Menschenrechtsorganisationen, ACRI und HaMoked, eingereicht worden waren, bestätigte das Oberste Gericht Israels die Genehmigungsregelung für die Randzone. Die Antragsteller

hatten vorgetragen, dass die Regelung einer systematischen Diskriminierung von Palästinensern und einer ersten Einschränkung ihres Rechts auf Bewegungsfreiheit sowie auf Zugang zu Land und Existenzgrundlagen entspricht.

Gaza: Arbeitnehmerrechte im Belagerungszustand

76. Das israelische Militär hat die Bevölkerung des Gaza-Streifens 2009 davor gewarnt, sich dem Zaun an der Waffenstillstandslinie von 1949 mehr als 300 Meter zu nähern. Nachforschungen von OCHA haben jedoch ergeben, dass schon Menschen, die sich in einem Bereich von bis zu 1.500 Metern vor dem Zaun bewegen, der 35 Prozent der Agrarlandes in Gaza ausmacht, Gefahr laufen, beschossen zu werden (OCHA, 2010c). In diesem Bereich führt das israelische Militär ferner regelmäßig Landeibnennungen und Zerstörungen von Eigentum durch. Dies schafft für Landarbeiter ein äußerst gefährliches Umfeld und hat weitreichende Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen von Tausenden von Palästinensern in Gaza. Gleichermaßen betroffen sind palästinensische Arbeitnehmer, die Schutt von Häusern und Betrieben sammeln, die 2005 während des Rückzugs Israels aus Gaza und 2009 bei der Operation „Gegossenes Blei“ zerstört wurden.

77. Durch die Abriegelung werden palästinensische Arbeitnehmer und Studenten auch weiter daran gehindert, sich in das Westjordanland oder ins Ausland zu begeben. Die katastrophale wirtschaftliche Lage und die Entstehung der Tunnelwirtschaft als Folge der Abriegelung sowie die Kluft innerhalb der Palästinenser wirken sich insgesamt auf die Achtung der Arbeitnehmerrechte aus, so auch auf die Vereinigungsfreiheit, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Abschaffung der Kinderarbeit und das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen. Bewältigungsstrategien umfassen äußerst gefährliche Tätigkeiten wie Schuttsammeln und Tunnelarbeit. Das vorherrschende soziale Klima und die De-facto-Verwaltung engen den Raum für Frauen im sozialen und öffentlichen Leben sowie auch in der Beschäftigung weiter ein. Mit internationaler Unterstützung hat der PGFTU nach der Zerstörung seines Hauptquartiers im Zuge der Operation „Gegossenes Blei“ und der Übernahme einiger seiner Räumlichkeiten durch die De-facto-Behörden neue Büros und ein Schulungszentrum einrichten können. In den vergangenen Monaten haben diese Behörden mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter das Sharek Youth Forum, verboten und im März 2011 gezielt Protestierer, Studenten und Journalisten, die die Einheit der Palästinenser forderten, zum Schweigen verurteilt.

Palästinensische Arbeitnehmer in israelischen Siedlungen: Zahlreiche Dilemmas und ein Schutzvakuum

78. Nach wie vor setzen Privatunternehmen und öffentliche Einrichtungen in israelischen Siedlungen im Westjordanland auf die Arbeitskraft palästinensischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und profitieren von ihnen. Wie die Mission feststellte, bestehen in dieser Frage völlig entgegengesetzte Meinungen und Wahrnehmungen. Die durch die fortgesetzte Besetzung und Besiedlung geschaffene Situation untergräbt die soziale Gerechtigkeit, die Menschenwürde und die Grundrechte der Arbeitnehmer.

79. Bauwirtschaft, Landwirtschaft und Fertigung sind die wichtigsten Branchen in israelischen Siedlungen, die Palästinenser beschäftigen. Israel hat 13 Industriegebiete östlich der Grünen Linie eingerichtet, die größten sind Mishor Adumim und Barkan (B'Tselem, 2010b). Palästinensische Frauen sind vorwiegend in der Landwirtschaft

beschäftigt, sie arbeiten aber auch als Hausangestellte in Haushalten in großen Siedlungen wie Ma'ale Adumim und Ariel (Kav LaOved, 2010a).

80. In Anbetracht der herrschenden Besatzungsbedingungen und der unzureichenden wirtschaftlichen Entwicklung im besetzten palästinensischen Gebiet haben viele palästinensische Männer und Frauen praktisch keine andere Wahl, unabhängig von dem dadurch für sie entstehenden grundlegenden Dilemma, als eine Arbeit in israelischen Siedlungen zu suchen. Zwar dürften die von Unternehmen in den Siedlungen oder öffentlichen Arbeitgebern gezahlten Löhne aus Sicht der israelischen Wirtschaft am unteren Ende der Skala liegen, doch sind sie noch immer höher als auf dem palästinensischen Arbeitsmarkt.

81. In ihren Gesprächen mit der Mission wiederholten die Vertreter der israelischen Arbeitgeber ihre Ansicht, die Einstellung palästinensischer Arbeitnehmer sei auch für die in den Siedlungen gelegenen Unternehmen und die betreffenden Arbeitnehmer von Vorteil. Palästinensische Arbeitnehmer würden gemäß israelischen Arbeitsnormen behandelt, und die niedrigen Kosten der palästinensischen Arbeitskräfte seien für sie eindeutig attraktiv. In einem neueren Bericht über die israelische Siedlungspolitik hat das Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten (B'Tselem) detaillierte Informationen zu den Vorteilen und Subventionen der israelischen Regierung für Industrie und Landwirtschaft in den Siedlungen einschließlich von Zuschüssen und Steuererleichterungen vorgelegt. Erst kürzlich hat die Regierung bestimmt, dass Unternehmen einen Ausgleich für Einfuhrabgaben erhalten, die die Europäische Union auf ihre Erzeugnisse aus Siedlungen erhebt (B'Tselem, 2010b) ⁹.

82. Nach Auffassung der Palästinensischen Behörde sollten Palästinenser nicht in israelischen Siedlungen arbeiten, die nach dem Völkerrecht illegal sind. Daher sollten weitere Bemühungen unternommen werden, um ihnen sinnvolle Alternativen bieten zu können. Die Palästinensische Behörde hat ihre Kampagne für einen Boykott von Erzeugnissen aus Siedlungsunternehmen durch ein Verbot des Verkaufs dieser Produkte in dem von ihr kontrollierten Gebiet fortgesetzt.

83. Der PGFTU und nichtstaatliche Organisationen wie Kav LaOved – Worker's Hotline oder B'Tselem berichten weiterhin über Fälle von Verletzungen von Arbeitnehmerrechten in israelischen Siedlungen. Zu derartigen Fällen gibt es zwar keine konsolidierten Statistiken, doch deuten die Berichte darauf hin, dass Missbrauch und Ausbeutung in israelischen Siedlungen vermutlich weit verbreitet sind und nicht nur Einzelfälle darstellen. Zu den gemeldeten Verletzungen gehören Löhne unter dem gesetzlichen Mindestlohn, nur teilweise Auszahlung des Lohns, Verweigerung von Sozialleistungen, Nicht-Ausstellung von Lohnabrechnungen und Fälle von Kinderarbeit (B'Tselem, 2011b; Kav LaOved, 2010b; Vanden Boer, 2010).

84. Israel wendet seine Gesetze und seine Rechtsordnung zur Verwaltung von Siedlungen und Siedlern an und „schafft damit eine Rechts- und Verwaltungsstruktur, die Israelis bevorzugt“ (UN, 2011c). Bis vor kurzem unterlagen Arbeitsverträge zwischen israelischen Arbeitgebern in Siedlungen und israelischen Arbeitnehmern dem israelischen Arbeitsrecht, während für Verträge mit Palästinensern das jordanische Recht galt. 2007 entschied das Oberste Gericht Israels, dass israelisches Arbeitsrecht anzuwenden ist, sofern zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nichts anderes vereinbart wurde. Mit Unterstützung von auf dieses Thema spezialisierten nichtstaatlichen Organisationen

⁹ Der Europäische Gerichtshof befand in seinem Urteil, dass die Präferenzbehandlung nach dem Europa-Mittelmeer-Assoziierungsabkommen zwischen Israel und der Europäischen Gemeinschaft nicht für Erzeugnisse gilt, die in Ortschaften hergestellt wurden, die 1967 unter israelische Kontrolle gebracht wurden (Rechtssache C-386/08, Urteil vom 25. Februar 2010).

haben palästinensische Arbeitnehmer weiterhin unter Berufung auf diesen Präzedenzfall israelische Gerichte angerufen.

85. Trotz des Urteils des Obersten Gerichts aus dem Jahr 2007 gibt der Schutz palästinensischer Arbeitnehmer, die in israelischen Siedlungen im Westjordanland beschäftigt sind, nach wie vor Anlass zu großer Sorge. Es ist zwar wichtig, dass einzelne Arbeitnehmer ihre Rechte und Leistungen vor Gericht geltend machen können, doch sollte man die Befürchtungen von Arbeitnehmern nicht unterschätzen, die Ansprüche gegen ihre Arbeitgeber durchsetzen möchten. Ihre starke Abhängigkeit von Arbeitgebern, die die Kontrolle über Arbeitsgenehmigungen und die alle drei Monate fällige Erneuerung der Sicherheitsüberprüfung haben, führt zu einer systematisch schwächeren Position des Arbeitnehmers im Beschäftigungsverhältnis.

86. Ohne Überwachung und aktive Durchsetzung durch eine zuständige Behörde können Probleme in Zusammenhang mit Löhnen und Arbeitsbedingungen nicht zufriedenstellend gelöst werden. Die Besetzung hat jedoch ein den Arbeitgebern nur zu bekanntes Schutzvakuum geschaffen. Die Palästinensische Behörde darf im Gebiet C nicht tätig werden, und von den israelischen Arbeitsaufsichtsbehörden werden in den Siedlungen keine Kontrollen durchgeführt.

Zugang zur Justiz: Palästinensische Ansprüche gegen israelische Arbeitgeber

87. Von israelischen Arbeitgebern beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer stehen bei der Geltendmachung von Ansprüchen und Leistungen vor zahlreichen Schwierigkeiten. Viele Arbeitnehmer kennen nicht ihre Arbeits- und Sozialrechte, und eine Klage vor einem israelischen Arbeitsgericht ist für sie ohne den Zugang zu wirksamem juristischem Beistand und rechtlicher Vertretung im Allgemeinen nicht durchführbar. Die Anrufung eines Gerichts wird häufig durch die Tatsache erschwert, dass die Arbeitnehmer keine Lohnabrechnungen oder anderen Unterlagen erhalten haben, die als Beweis herangezogen werden könnten.

88. Der PGFTU ebenso wie die Histadrut setzen ihre Bemühungen fort, palästinensische Arbeitnehmer bei der Geltendmachung ihrer Rechte und Leistungsansprüche gegenüber israelischen Arbeitnehmern bei der Nichteinhaltung von Vorschriften zu unterstützen. Der PGFTU kann Klagen palästinensischer Arbeitnehmer entgegennehmen, insbesondere von Arbeitnehmern, denen gekündigt wurde und die damit nicht mehr nach Israel einreisen dürfen. Die Histadrut wiederum kann palästinensische Arbeitnehmer bei der Vertretung ihrer Ansprüche gegenüber den betreffenden Arbeitgebern unterstützen und, falls keine Einigung erzielt wird, Klage erheben.

89. Seit Mai 2010 unterstützt die IAO den Aufbau einer juristischen Klinik des PGFTU mit Hilfe eines Projekts, in dessen Mittelpunkt die Verbesserung der Kenntnisse der Rechtsabteilung des Gewerkschaftsbundes des palästinensischen und israelischen Arbeitsrechts steht. Mit Hilfe von vier Rechtskoordinatoren in verschiedenen Ortschaften im Westjordanland und in Gaza konnte die Klinik Ansprüche von Arbeitnehmern gegen israelische Arbeitgeber ermitteln und konsolidieren und nach abschließender Behandlung für weitere Maßnahmen an die Histadrut weiterleiten. Die weitere Stärkung der Fähigkeit des PGFTU zur Unterstützung palästinensischer Arbeitnehmer in Arbeitskonflikten mit israelischen Arbeitgebern ist von großer Bedeutung und sollte fortgesetzt werden.

90. Eine besonders dringliches Problem sind offene Ansprüche palästinensischer Arbeitnehmer in Gaza gegen israelische Arbeitgeber. Dabei handelt es sich um Ansprüche aus einer Beschäftigung in israelischen Siedlungen in Gaza vor deren Räumung im Jahr 2005, sowie um Ansprüche gegen Arbeitgeber in Israel, aus der Zeit vor der Blockade von Gaza, die palästinensische Arbeitnehmer effektiv daran hinderte, an ihren Arbeitsplatz in Israel zu gelangen. Die Blockade, die Einschränkungen der Arbeit des PGFTU unter der Herrschaft der De-facto-Behörden in Gaza sowie die Notwendigkeit juristischen Beistands bei der Einreichung einer Klage vor einem israelischen Arbeitsgericht haben insgesamt zu einer Situation beigetragen, in der viele Arbeitnehmer keine Klage mehr einreichen können, da solche Ansprüche nach israelischem Recht in einer Frist von sieben Jahren geltend gemacht werden müssen.

4. Soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit: Die Grundlagen für den Aufbau eines Staates

91. Der August 2011 markierte das Ende der von der Palästinensischen Behörde im Programm 2009 der 13. Regierung festgelegten Zweijahresperiode für den Abschluss der Vorbereitungen der Institutionen für die Gründung eines eigenen Staates. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, die im Programm als Leitsätze bezeichnet wurden, werden auch im kürzlich veröffentlichten Nationalen Entwicklungsplan (NEP) 2011-13 erneut erwähnt (PNA, 2011a). Die internationale Gemeinschaft hat die Palästinensische Behörde für die Fortschritte beim Aufbau von Strukturen eines künftigen palästinensischen Staates gelobt (UNSCO, 2011; Weltbank, 2011; IWF, 2011). So sagte kürzlich Robert Serry, Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess: „... ich bin fest überzeugt, dass die bisher aufgebauten starken Institutionen das Fundament eines Staates im Wartestand sind“ (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2011).

92. Der UN-Bericht an die Sitzung des Ad-hoc-Verbindungsausschusses vom 13. April 2011 kam zu dem Schluss, dass in den folgenden sechs Bereichen, in denen sich die UN besonders engagieren, die Regierungsfunktionen für das Funktionieren eines Staates ausreichen: Verwaltungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Lebensgrundlagen und Produktionssektoren, Bildung und Kultur, Gesundheit, sozialer Schutz, Infrastruktur und Wasser (UNSCO, 2011). Im Zusammenhang mit Lebensgrundlagen und Produktionssektoren unterstreicht der UN-Bericht die Bedeutung beschäftigungspolitischer Maßnahmen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, wirtschaftliche Unabhängigkeit und nationalen Wohlstand und erwähnt insbesondere die Förderung menschenwürdiger Arbeit und des sozialen Dialogs (ebd.). Bei der Vorbereitung auf die Gründung eines eigenen Staates kommt es natürlich darauf an, nicht nur eine starke politische und wirtschaftliche Grundlage, sondern auch ein solides soziales Fundament zu schaffen.

93. Bei der Diskussion um den Stand der Vorbereitungen der Institutionen muss zwischen dem Westjordanland und Gaza unterschieden werden. Zwar hat die Palästinensische Behörde große Fortschritte beim Aufbau von Institutionen für einen künftigen Staat gemacht, doch bestehen aufgrund der fehlenden Präsenz der Palästinensischen Behörde in Gaza „Kommunikationsprobleme zwischen den Bewohnern des Gaza-Streifens und vielen Stellen der Palästinensischen Behörde. Die Hamas kontrolliert de facto nach wie vor den Gaza-Streifen und lehnt auch weiterhin die Grundprinzipien des Friedensprozesses ab“ (ebd.). Ein gespaltenes Palästina würde die Nachhaltigkeit eines künftigen Staates ernsthaft gefährden.

Ein Nationaler Entwicklungsplan und eine Beschäftigungsstrategie

94. Der NEP wurde im April 2011 vorgestellt; er legt großes Gewicht auf eine Reihe von Bereichen, die auch Teil der Agenda für menschenwürdige Arbeit sind. Im NEP wird auf die Bedeutung von Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung beim Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft hingewiesen (PNA, 2011a). Der Plan enthält ferner Strategien für eine Reihe von Sektoren in Gebieten wie Schul- und Hochschulbildung, sozialer Schutz und Beschäftigung zur Selbstbestimmung, Gleichstellung der Geschlechter und Beschäftigung.

95. Der NEP muss im Zusammenhang mit der Palästinensischen Beschäftigungsstrategie gesehen werden. Die im Dezember 2010 veröffentlichte Strategie soll auf der Strategie für den Arbeitssektor (Februar 2010) aufbauen, die im Bericht der Mission des letzten Jahres behandelt wurde (PNA, 2010a; IAA, 2010). Oberste Priorität der Strategie für den Arbeitssektor war die Schaffung eines angemessenen Umfelds für menschenwürdige Arbeit; in diesem Zusammenhang sollte eine nationale Beschäftigungsstrategie ausgearbeitet, eine öffentliche Stellenvermittlungsagentur aufgebaut, der Palästinensische Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz (nachfolgend als „der Fonds“ bezeichnet) unterstützt und das Arbeitsmarktinformationssystem aktualisiert werden. Die Beschäftigungsstrategie enthält einen ehrgeizigen Aktionsplan, in dem es um die nationale Sozialpartnerschaft, Richtlinien für Grundsätze menschenwürdiger Arbeit und für Arbeitsschutz, dreigliedrige Konsultation, berufliche Bildung, eine öffentliche Arbeitsvermittlungsagentur und einen Beschäftigungsfonds, Genossenschaften, ein Arbeitsmarktinformationssystem, Arbeitsrecht, Jugendarbeitslosigkeit und die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt geht (PNA, 2010a).

96. Anerkannt werden auch die Herausforderungen bei der Umsetzung der Beschäftigungsstrategie, z. B. Folgendes: hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere unter Jugendlichen), eine geringe Erwerbsbeteiligung (vor allem der Frauen), weitgehendes Fehlen sozialer Sicherheit, hohes Maß an informeller Beschäftigung, hohe Abhängigkeit von Gebern, schwach ausgeprägte Sozialpartnerschaft sowie technische und berufliche Ausbildung, ein Arbeitsmarktinformationssystem und ein Arbeitsvermittlungsdienst, noch in der Vorbereitungsphase (ebd.). Die Herausforderungen wirken zwar entmutigend, doch kann nur das Erreichen der Ziele der Beschäftigungsstrategie gewährleisten, dass soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit zu den Stützfeilern des künftigen Staates gehören.

Verbesserung des rechtlichen Rahmens für menschenwürdige Arbeit

97. Nur mit einem soliden rechtlichen Fundament für menschenwürdige Arbeit kann gewährleistet werden, dass Rechte und Verantwortlichkeiten klar umrissen und zugängliche Verfahren und Rechtsmittel verfügbar sind. Eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften ist sowohl in der Beschäftigungsstrategie als auch im NEP vorgesehen. Der NEP sieht ferner eine umfassende Überprüfung und Änderung aller Rechtsvorschriften vor, mit der sichergestellt werden soll, dass gleiche Rechte für Frauen auch im Gesetz kodifiziert werden.

98. Das Arbeitsgesetz aus dem Jahr 2000 bietet einen Rahmen für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, auf dem aufgebaut werden kann, um den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit, wie sie in der IAO Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit aus dem Jahr 1998 und der IAO Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung aus dem Jahr 2008 niedergelegt sind, in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Die Überarbeitung des Arbeitsgesetzes zur Absicherung der Rechte der Frauen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, der mit Unterstützung der IAO in Zusammenhang mit dem gemeinsamen UN-Programm für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Stellung der Frau im Rahmen des spanischen MEZ-Fonds unternommen wird. Im Hinblick auf den künftigen palästinensischen Staat erfolgt diese Überprüfung u.a. im Lichte der wichtigsten IAO-Übereinkommen über die Gleichstellung der Geschlechter, die für Frauen und Männer gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie Nicht-Diskriminierung, Vereinbarkeit von beruflichen

und familiären Pflichten sowie Mutterschutz vorsehen¹⁰. Es wird auch der Frage nachzugehen sein, wie die Rechte der Menschen gefördert und geschützt werden können, die in den überwiegend weiblichen Segmenten der Erwerbsbevölkerung vom Anwendungsbereich des Arbeitsgesetzes ausgeschlossen sind. Die Überarbeitung des Gesetzes dürfte auch ein wichtiger Punkt auf der weiter unten diskutierten Agenda des Nationalen dreigliedrigen beratenden Ausschusses und des Nationalen Ausschusses für die Beschäftigung von Frauen sein. Um sicherzustellen, dass das überarbeitete Arbeitsgesetz auch unter Nutzung der gesammelten Erfahrungen aller abgefasst wird, die davon betroffen sind oder betroffen sein werden, und dass es die Unterstützung aller relevanten Akteure genießt, sollten umfassende Konsultationen stattfinden, die zu fördern die IAO bereits begonnen hat.

99. Eine weitere Gesetzesinitiative, die der Mission zur Kenntnis gebracht wurde, ist der Entwurf eines Gewerkschaftsgesetzes. Im Bericht der Palästinensischen Behörde über das zweite Jahr des 13. Regierungsprogramms wird als Schwerpunkttätigkeit und Ergebnis die Ausarbeitung und Verkündung eines Gesetzes zur Regulierung der Tätigkeit von Gewerkschaften genannt (PNA, 2010b). Der Mission wurde mitgeteilt, dass der Entwurf eines Gewerkschaftsgesetzes dem Kabinett übermittelt worden sei und nun von einem ministeriellen Planungsausschuss geprüft werde. Vertreter des Verbandes der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) teilten der Mission ferner mit, dass der aus dem Jahr 2005 stammende Entwurf eines Handelskammergesetzes mit dem Ziel überarbeitet worden sei, den bestehenden rechtlichen Rahmen für die Regulierung von Handelskammern, also jordanisches Recht für das Westjordanland und ägyptisches Recht für Gaza, zu ersetzen.

100. Die Mission hofft, dass die Gesetze nach ihrer Verabschiedung den Grundsätzen der Vereinigungsfreiheit Rechnung tragen werden, so dass insbesondere alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterschiedslos das Recht haben, ohne vorherige Genehmigung Organisationen ihrer Wahl zu bilden und ihnen beizutreten; diese Organisationen sollten ohne Einmischung von außen arbeiten können, und Arbeitnehmer sollten vor Diskriminierung wegen einer Mitgliedschaft oder Tätigkeit in einer Gewerkschaft geschützt werden. Auch vor der Verabschiedung dieser beiden Entwürfe wäre eine umfassende Konsultation angebracht. Gegenüber der Mission wurden einige ernste Bedenken bezüglich des Inhalts des Entwurfs des Gewerkschaftsgesetzes sowie auch bezüglich des Konsultationsprozesses geäußert.

Notwendigkeit einer Wiederbelebung des Palästinensischen Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz

101. Der Fonds war ursprünglich 2004 eingerichtet worden. Die Entwicklung der Beschäftigungsstrategie wurde als hervorragende Gelegenheit gesehen, um dem Fond neue Impulse zu verleihen und ihn vorrangig für die in der Strategie festgelegten operationellen Prioritäten einzusetzen. Zu diesen Prioritäten gehören die Förderung des Wachstums des Sozial- und Humankapitals und die Unterstützung der Entwicklung des privaten Sektors, die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, die den Bedürfnissen der schwächsten Gruppen in der Gesellschaft Rechnung tragen, sowie die Weiterentwicklung der Fähigkeiten der Arbeitnehmer zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

¹⁰ Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts, 1951; Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958; Übereinkommen (Nr. 156) über Arbeitnehmer mit Familienpflichten, 1981; und Übereinkommen (Nr. 183) über den Mutterschutz, 2000.

(PNA, 2010a). Laut NEP beinhalten die politischen Prioritäten in den kommenden drei Jahren die Auflegung des Fonds in Partnerschaft mit dem privaten Sektor und Organisationen der Zivilgesellschaft (PNA, 2011a). Die Mobilisierung von Geldern läuft, es sind auch schon größere Beiträge eingegangen, doch sind noch mehr Mittel erforderlich, um die ehrgeizigen Ziele erreichen zu können. Sobald der Fonds voll ausgestattet ist, könnte er sich als wirksames Instrument zur Bekämpfung der weitverbreiteten Armut und Arbeitslosigkeit erweisen. Die Palästinensische Behörde erwägt ferner, den Fonds zur Förderung der Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen für Menschen einzusetzen, die derzeit in Siedlungen arbeiten; die Diskussionen über diese Frage stehen aber noch ganz am Anfang.

Die Debatte über einen Mindestlohn

102. Die Mission wurde auch über die jüngst lebhaft geführte Debatte über die Notwendigkeit eines Mindestlohns unterrichtet. Im Arbeitsgesetz von 2000 ist die Rede von der Einsetzung eines „Lohnausschusses“, der sich aus einer paritätischen Anzahl von Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammensetzt und dessen Mandat auch die Festlegung des Mindestlohns umfasst (Abschnitte 86 und 87). Der Mission wurde mitgeteilt, dass ein Lohnausschuss zwar eingesetzt worden sei, dieser aber noch nicht zusammengetreten sei. Nach Ansicht des PGFTU zählt der Mindestlohn zu den wichtigsten Fragen, da er die Würde der Arbeitnehmer berührt und von grundlegender Bedeutung für den Aufbau eines palästinensischen Staates sei. Der PGFTU stellt fest, dass angesichts steigender Kosten die Grundlöhne so gesunken sind, dass eine Familie ihren Grundbedarf nicht mehr damit decken kann, und dass Arbeitgeber Arbeitnehmer ausbeuten können, weil das Gesetz keine Vorgaben für den Lohn macht (PGFTU, 2011). In der Beschäftigungsstrategie wird auf die Bedeutung „fairer Löhne und guter Arbeitsbedingungen“ für den Prozess des Aufbaus eines Staates hingewiesen, aber auch deutlich gemacht, dass diesem Ziel zahlreiche Hindernisse entgegenstehen. Der Mission wurde von den besonders harten Auswirkungen des derzeitigen Lohnsystems auf Frauen berichtet, die auch als Kindergärtnerinnen und Vorschullehrerinnen äußerst schlecht bezahlt werden. Es wurde auf die Bedeutung dreigliedriger Konsultationen zu Fragen des Mindestlohns sowie auf die Aussichten für technische Unterstützung durch die IAO zur Förderung dieses Dialogs hingewiesen.

Bildung und Berufsbildung

103. Der NEP und die Beschäftigungsstrategie heben besonders die Bedeutung einer besseren Bildung auf allen Ebenen sowie in der technischen und beruflichen Ausbildung hervor, um den Anforderungen eines neuen Staates gerecht zu werden. Gemäß dem NEP plant die Palästinensische Behörde die Auflegung eines öffentlichen Investitionsprogramms zur Umgestaltung der technischen und beruflichen Bildung, damit junge Menschen und Erwachsene Fähigkeiten entwickeln können, die ihnen neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen (PNA, 2011a). Die Beschäftigungsstrategie unterstreicht auch die Bedeutung von allgemeiner und beruflicher Bildung, insbesondere im Hinblick auf eine Stärkung der Kapazität des Arbeitsmarktes und eine Steigerung seiner Effizienz „auf ein Niveau, das ein Gleichgewicht zwischen den Ergebnissen des Bildungs- und Ausbildungswesens und dem Bedarf des realen Marktes schafft...“ (PNA, 2010a). Die Weltbank sagt hierzu: „Das Missverhältnis zwischen den Fähigkeiten eines großen Reservoirs an arbeitsloser junger Menschen – darunter viele mit Universitätsabschluss – und den auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Fähigkeiten legt nahe, dass trotz der Reformen im Bildungswesen noch viel zu tun bleibt“ (Weltbank, 2011).

104. Im November 2010 billigten der Minister für Bildungs- und Hochschulbildung sowie der Arbeitsminister zur Neufassung der Strategie von 1999 eine Strategie für fachliche und berufliche Bildung und Ausbildung (TVET). Das übergreifende Ziel der Strategie lautet: „Schaffung sachkundiger, kompetenter, motivierter, unternehmerisch denkender, anpassungsfähiger, kreativer und innovativer Arbeitnehmer in Palästina, die zur Verringerung von Armut und zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen, und zwar durch Förderung einer nachfragegesteuerten, qualitativ hochwertigen fachlichen und beruflichen Bildung und Ausbildung, die für alle Sektoren der Wirtschaft, auf allen Ebenen und für alle Menschen relevant ist“ (PNA, 2010c). Diese Strategie ist anspruchsvoll und hat bedeutende finanzielle Implikationen. Im Strategiedokument wird auf die Notwendigkeit eines nachhaltigen Finanzierungsmechanismus für das System hingewiesen. Im Entwicklungsausgabenplan des NEP für 2011 bis 2013 sind 12,8 Millionen US-Dollar für TVET-Maßnahmen veranschlagt. Die Regierung gibt im NEP an, dass seit 2008 134 neue Schulen gebaut, möbliert und ausgestattet wurden, dass 312 Schulen erweitert sowie zwei Berufsschulen gebaut und zwei erweitert wurden. Des Weiteren unterstreicht der Bericht die Notwendigkeit eines uneingeschränkten Zugangs zu allen Gebieten innerhalb der Grenzen von 1967, damit eine bessere mittel- und langfristige Planung für das Bildungswesen möglich wird (PNA, 2011a). Investitionen in die schulische sowie in die fachliche und berufliche Bildung kommt eine große Bedeutung zu, um Frauen und Männern mehr Möglichkeiten für eine menschenwürdige Arbeit zu eröffnen.

Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Frau

105. Die Erwerbsquote der Frauen hat sich zwar etwas verbessert, ist jedoch – wie schon dargestellt – mit 15,3 Prozent nach wie vor erschütternd niedrig; die Arbeitslosenrate der Frauen liegt bei 23,2 Prozent (PCBS, 2011c). Die zahlreichen Hindernisse für die Beschäftigung von Frauen in den besetzten palästinensischen Gebieten wurden in früheren Berichten bereits genannt, diesbezüglich und in dieser Hinsicht hat sich an der Lage kaum etwas geändert. Die Hindernisse reichen von einer Fehlanpassung der Qualifikationen über Diskriminierung bei der Entlohnung und Leistungen bis zu kulturellen Barrieren. Frauen sind tendenziell nach wie vor in der informellen Wirtschaft tätig, und selbst innerhalb der formellen Wirtschaft gibt es eine deutliche Trennung zwischen den Geschlechtern, da die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen auf einige wenige Niedriglohnbereiche beschränkt sind (Weltbank, 2010). Noch aussichtsloser ist die Lage in Gaza, wo Frauen wieder an den Herd verbannt werden, sich auf beschränktem Wohnraum um Großfamilien kümmern und unter wachsender häuslicher Gewalt zu leiden haben (OCHA, 2011b). Unter den De-facto-Behörden gelten ferner strenge Einschränkungen für Frauen bezüglich ihres Verhaltens, ihrer Bewegungsmöglichkeiten und der Art von Arbeit, die sie verrichten dürfen. Entschlossenes Handeln ist erforderlich, sollen deutliche Verbesserungen bei der Beschäftigungslage der Frauen erzielt werden, wobei besonders darauf zu achten sein wird, dass solche Maßnahmen nicht die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verfestigen.

106. Der NEP enthält ebenfalls Maßnahmen zur Förderung der vollen Teilhabe und zur Stärkung der Stellung der Frau in der Gesellschaft. Der NEP anerkennt die Notwendigkeit einer schnelleren Steigerung der Erwerbsquote der Frauen, und zwar auch in Führungspositionen (PNA, 2011b). Es werden bescheidene Ziele gesetzt: So soll bis 2013 der Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung von 15,7 auf 17,5 Prozent steigen, der Anteil der Frauen in kommunalen Stadträten von 18 auf 24 Prozent, und der Prozentsatz von Frauen in höheren Beamtenpositionen soll von 2 auf 4 Prozent angehoben werden (ebd.). In der Beschäftigungsstrategie sind Berufsberatung und Weiterqualifizierung ins-

besondere für Frauen vorgesehen, damit sie ihre Erwerbsquote steigern können. Die Strategie weist ferner auf die Bedeutung von Programmen zur Kinderbetreuung und zur Beseitigung kultureller Hindernisse für die Steigerung der Erwerbsquote hin, sie sieht jedoch keine entsprechenden Maßnahmen vor (PNA, 2010a).

107. Im Rahmen des bereits erwähnten gemeinsamen UN-Programms für die Gleichstellung und die Stärkung der Stellung der Frau hat die IAO eine Reihe von Initiativen auf dem Weg gebracht, in deren Mittelpunkt eine allgemeine Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte, die Aufnahme geschlechtsspezifischer Indikatoren in die nationale Statistik und die Einsetzung des Nationalen Ausschusses für die Beschäftigung von Frauen (NWEK) stehen. Aufgabe des NWEK ist die Förderung sozialer Gerechtigkeit durch Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt und durch die Sorge dafür, dass Rechtsvorschriften, Politiken, Programme und Maßnahmen angemessen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern eingehen. Es handelt sich um einen beratenden Ausschuss, dem Vertreter einer Vielzahl von Akteuren angehören, zu denen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, das Arbeitsministerium, andere Ministerien, der private Sektor, Forschungseinrichtungen, nichtstaatliche Organisationen und UN-Organisationen gehören. Derzeit umfasst er 25 Mitglieder, 23 Frauen und zwei Männer. Seine inhaltliche Arbeit hat der NWEK noch vor sich, doch stellt die offizielle Zustimmung zum Aufgabenbereich des NWEK durch den Arbeitsminister am 24. März 2011 einen wichtigen Schritt zur Legitimierung des Ausschusses dar und gibt diesem ein Mandat, mit dem er weiterarbeiten kann. Der NWEK könnte nun eine wichtige Rolle bei den Diskussionen über den Entwurf des Gewerkschaftsgesetzes und des Handelskammergesetzes sowie über Mindestlöhne spielen. Als nächsten Schritt wird der Ausschuss einen Arbeitsplan und eine Strategie ausarbeiten, und er könnte so ein wichtiger Katalysator für die Entwicklung einer nationalen Gleichstellungspolitik werden.

108. Es hat schon einige Fortschritte bei der Stärkung der Stellung der Frauen gegeben, doch lassen sich die Ergebnisse bestenfalls als bescheiden bezeichnen, und nach wie vor müssen große Hindernisse überwunden werden. In seinen Schlussbemerkungen äußert der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) Sorge über Gewalt und sexuelle Belästigung, unter der palästinensische Frauen leiden, sowie über ihre fehlende Bewegungsfreiheit, die sich u.a. nachteilig auf ihr Recht auf Bildung und Arbeit auswirkt (UN CEDAW, 2011). Die Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) bezeichnet in einer kürzlich verabschiedeten Entschließung die israelische Besatzung als „das Haupthindernis für palästinensische Frauen bei ihrer Weiterentwicklung, der Erlangung von Selbständigkeit und der Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft“. Ähnlich wie in der Entschließung 1325 des Sicherheitsrates vom Oktober 2000 wird auch in der Entschließung des CSW „die Bedeutung von Bemühungen zur Stärkung ihrer Rolle in Entscheidungsprozessen zur Konfliktprävention und -lösung und zur Gewährleistung ihrer gleichberechtigten Teilhabe und Einbeziehung in alle Anstrengungen, Frieden und Sicherheit zu erreichen, zu bewahren und zu fördern“ unterstrichen (UN CSW, 2011). Ohne Frieden und Stabilität ist das Ziel einer tatsächlichen Stärkung der Stellung der Frauen in der Gesellschaft allgemein und insbesondere in der Arbeitswelt kaum zu erreichen.

Sozialer Dialog für gute Entscheidungsstrukturen

109. In der Beschäftigungsstrategie wird die Struktur der Arbeitsbeziehungen als „gefährdet“ bezeichnet. Ferner wird anerkannt, dass die Mitwirkung der Sozialpartner an der Sozial- und Wirtschaftspolitik schwach ist, dass es nur wenige Kollektivverträge gibt

und Arbeitsbeziehungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Sozialpartnerschaft, die in der Beschäftigungsstrategie als Zusammenarbeit zwischen Regierung, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften definiert wird, gilt als wesentlich für die Umsetzung der Strategie (PNA, 2010a).

110. Zur Förderung der Sozialpartnerschaft ist in der Beschäftigungsstrategie (ebd.) die Einsetzung eines Nationalen sozio-ökonomischen Rates vorgesehen. Es steht jedoch noch nicht fest, welchen Status ein solcher Rat haben soll und wann er gegründet werden soll. Fortschritte hat es hingegen bei der Wiederbelebung des Nationalen dreigliedrigen beratenden Ausschusses mit Unterstützung der IAO gegeben. Im Februar 2010 veröffentlichte der Ausschuss die so genannte „Turiner Erklärung“, in der seine Vision, sein Aktionsplan und sein institutioneller Rahmen dargestellt werden. Dem Ausschuss gehören 18 Mitglieder an, 17 Männer und eine Frau. Die Sitzung des Ausschusses am 7. April 2011 war die erste seit Anfang 2010. Bei dieser Sitzung wurde ein Aktionsplan angenommen, der eine Reihe von Seminaren und Schulungsmaßnahmen zum Thema sozialer Dialog vorsieht. Das Arbeitsministerium wird in der näheren Zukunft eine nationale Konferenz über den sozialen Dialog veranstalten, weil dieser von großer Bedeutung für die Sicherung des sozialen Zusammenhalts ist.

111. Während der soziale Dialog als Kernelement der Beschäftigungsstrategie anerkannt ist und Institutionen für den Dialog aufgebaut werden, arbeiten Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, wie bereits erwähnt, auch weiterhin ohne einen rechtlichen Rahmen für den Schutz der Vereinigungsfreiheit, wodurch eine effiziente Arbeit solcher Einrichtungen behindert werden kann. Ferner wird es darauf ankommen, Verbindungen zwischen den verschiedenen beratenden Gremien zu schaffen. Die Aufgabenbereiche des Nationalen Ausschusses für die Beschäftigung von Frauen und des Nationalen dreigliedrigen beratenden Ausschusses überschneiden sich zwangsläufig bis zu einem gewissen Grad, und es steht beispielsweise auch noch nicht fest, ob ihre Empfehlungen in die Arbeit des umfassenderen allgemeinen Sozio-ökonomischen Rates einfließen sollen. Es sollte gewährleistet werden, dass diese Ausschüsse nicht marginalisiert, sondern in die Lage versetzt werden, auf den allgemeinen politischen Dialog Einfluss zu nehmen. Beim Aufbau von Gremien für sozialen Dialog wurden die ersten wichtigen Schritte gemacht, auf die nun aufgebaut werden kann, damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Frauen und Männer, auf sie betreffende Politiken, Institutionen und Gesetze Einfluss nehmen können.

5. Stillstand im besetzten syrischen Golan

112. Die Lage im besetzten syrischen Golan ist nach wie vor ohne Lösung, denn der Friedensprozess war hier offenbar wirkungslos, zumindest bis heute. Die zunehmende Siedlungstätigkeit erstreckt sich auf einen immer größeren Teil der besten Flächen und natürlichen Ressourcen. Die syrischen Staatsbürger machen gegenwärtig rund die Hälfte der Einwohner dieser Region aus, da dort ungefähr 20.000 syrische Staatsbürger und fast die gleiche Anzahl von Siedlern in 32 Siedlungen leben (CBS, 2010).

113. Aus angeblich militärischen oder sicherheitspolitischen Gründen werden syrische Staatsbürger enteignet. Die Siedlungen breiten sich horizontal aus, während die syrischen Staatsbürger im Wesentlichen auf ihre fünf Dörfer beschränkt sind. Der Mission wurde mitgeteilt, dass die israelischen Behörden keine Genehmigungen für eine Erweiterung der syrischen Dörfer erteilen. Abrissanordnungen wurden zwar nicht vollstreckt, doch wurden Geldbußen für Bauen ohne eine Genehmigung verhängt. Außerdem kam es zu einigen Verhaftungen „für Versuche, eine Verbindung zum Heimatland herzustellen“ (Arabische Republik Syrien, 2011). Der Waffenstillstand wurde eingehalten, und in dem Gebiet blieb es weitgehend ruhig (Sicherheitsrat, 2010).

114. 1981 hat Israel seine Gesetzgebung, seine Rechtsprechung und seine Verwaltung auf den besetzten syrischen Golan ausgedehnt. Diese Maßnahme wurde weder von den Vereinten Nationen noch von der Arabischen Republik Syrien anerkannt. Der Sicherheitsrat hat entschieden, dass diese De-facto-Annexion null und nichtig ist (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 1981). Die Generalversammlung hat Israel wiederholt aufgefordert, seine Entscheidung zu widerrufen (UN, 2011d) und sich aus dem besetzten syrischen Golan zurückzuziehen (UN, 2011e).

115. Der Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes und anderer Araber der besetzten Gebiete beeinträchtigen (UN, 2010b), forderte bis zu einer Lösung des Konflikts insbesondere Erleichterungen bei Besuchen von Mitgliedern getrennter Familien, die in der Arabischen Republik Syrien bzw. dem besetzten syrischen Golan leben, sowie die Räumung aller Landminen in dem besetzten Gebiet. Nach Angaben der syrischen Regierung liegt noch immer eine sehr große Zahl von Landminen in dem Gebiet, ohne dass es genaue Karten zu deren Position gibt. Bisher wurden 532 Menschen verletzt, von denen 202 ihren Verletzungen erlagen.

116. Nach wie vor gibt es für Hochschulabsolventen und andere junge Menschen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten, nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie finden praktisch keine Arbeit, die ihrer akademischen und beruflichen Qualifikation entspricht. Für die arabischen Dörfer im besetzten syrischen Golan wurden keine Krankenhäuser oder medizinischen Versorgungszentren gebaut. Noch immer ist die Landwirtschaft die Haupteinkommensquelle für die meisten Familien, schätzungsweise 96 Prozent der Fläche des besetzten syrischen Golan werden landwirtschaftlich genutzt. Allerdings verringern die hohen Abgaben auf Agrarerzeugnisse das Einkommen der Erzeuger, besonders für das Hauptprodukt Äpfel.

117. Ein bedeutender Teil der von den syrischen Landwirten im besetzten syrischen Golan erzeugten Äpfel wird in der Arabischen Republik Syrien abgesetzt. Sowohl die Apfelmengen als auch die für sie in Syrien erzielten Preise sind gestiegen; die Landwirte haben somit einen Gewinn erzielt, der die Arbeit lohnend erscheinen lässt. Von den fast 40.000 Tonnen Äpfeln, die in der letzten Saison erzeugt wurden, wurden 12.000 Tonnen nach Damaskus transportiert. Die syrische Regierung zahlt den Landwirten 50 Syrischen Pfund (rund 1,05 US-Dollar) pro Kilo für größere und 40 Syrischen Pfund (0,85 US-

Dollar) pro Kilo für kleinere Äpfel. Diese Regelung, die praktisch eine Subventionierung der Arabischen Republik Syrien darstellt, existiert seit 2005; derzeit fällt die Subvention aufgrund der größeren Menge angelieferter Äpfel um 60 Prozent höher aus als in früheren Jahren. Die den Apfelanbauern zugeteilte Wassermenge (200-250 m³ pro Dunum)¹¹ ist jedoch deutlich geringer als die den Siedlern zugeteilte Wassermenge (750 m³ pro Dunum) und außerdem erheblich teurer, was die Produktion und den Absatz verringert. Syrische Staatsbürger im besetzten syrischen Golan dürfen weder Wasser aus Seen verwenden noch artesianische Brunnen bohren oder Wassertanks zum Auffangen von Regen- und Schneewasser bauen. Außerdem kann bei ihnen, wie in der letzten Saison, das Wasser rationiert werden; damit sind sie vorzeitig von der Wasserversorgung abgeschnitten und können nicht mehr die ganze Wassermenge nutzen, die ihnen eigentlich zugeteilt wurde. Eine solche Rationierung gilt für die Siedler nicht.

118. Nach der Rechtsverordnung Nr. 17 der syrischen Regierung vom 14. Februar 2010 erhalten alle Bürger im besetzten syrischen Golan, die ihren Arbeitsplatz und ihre Existenzgrundlage verloren haben eine Entschädigung, weil sie „an der syrischen nationalen Identität und dem syrischen Heimatland“ festgehalten haben. Während ihres Besuches im besetzten syrischen Golan wurde der Mission mitgeteilt, dass eine Liste mit 1.300 Namen einem Ausschuss unterbreitet worden sei, der sich in Damaskus mit dieser Angelegenheit befasse. Schon früher hatte es eine solche Regelung für Lehrer gegeben, die von Israel besonderem Druck ausgesetzt waren, ihre syrische Staatsangehörigkeit aufzugeben.

119. Nach Abschluss der Oberschule wird eine bestimmte Zahl von Studenten zur Universität Damaskus zugelassen. Es liegen zwar keine genauen Zahlen vor, doch „fast alle“ kehren in das Gebiet zurück, obwohl es dort nur wenige Arbeitsplätze gibt. Vor allem für Hochschulabsolventen sind die Aussichten schlecht. Eine Möglichkeit für sie besteht darin, in Israel zu arbeiten. Israel jedoch verweigert die Anerkennung von Abschlüssen der Universität Damaskus und verlangt die Ablegung eines gleichwertigen israelischen Examens. Zwar beenden immer mehr Frauen ihr Studium in Damaskus, doch sollte festgehalten werden, dass sie nach ihrer Rückkehr in den besetzten syrischen Golan eine Arbeit ablehnen, weil sie an ihrer syrischen Identität festhalten wollen.

120. Syrische Beschäftigte israelischer Arbeitgeber leisten oft harte, gefährliche und nicht angemeldete Arbeit bei niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten. Viele sind nicht sozialversichert. Sie lehnen die israelische Staatsbürgerschaft ab; sie möchten nicht der Histadrut beitreten, können aber auch keine eigenen Gewerkschaften bilden. Vor allem junge Menschen sehen sich zum Verlassen des Gebiets gezwungen, wodurch das schon heikle demografische Gleichgewicht noch weiter gefährdet wird.

121. Die Regierung der Arabischen Republik Syrien ersucht weiterhin um technische Zusammenarbeit zur Unterstützung der syrischen Arbeitnehmer im besetzten syrischen Golan.

¹¹ Ein Dunam entspricht 0,1 Hektar.

Abschließende Bemerkungen

122. Die Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten sind bemüht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und trotz der starken Einschränkungen durch Besetzung und Trennung ihre Lebensträume zu verwirklichen. Im Westjordanland und in Gaza sind junge Menschen auf die Straße gegangen und haben Einigkeit und ein Ende der Besetzung gefordert. Ihnen muss Gehör geschenkt werden.

123. Die Trennung hat viele Gesichter. Dazu gehören Abriegelung von Gaza, die Auswirkungen der Sperrmauer, die Abriegelung Ostjerusalems vom Westjordanland, die vielfältigen Sperrmaßnahmen in Gebieten des Westjordanlandes und die Trennung der syrischen Staatsbürger im besetzten syrischen Golan von ihrem Heimatland. In all diesen Zusammenhängen leiden Arbeitnehmer noch zusätzlich, weil es ihnen an menschenwürdiger Arbeit und menschenwürdigem Einkommen mangelt. Diese Einschränkungen wurden von Menschen geschaffen, und Menschen sind auch in der Lage, sie wieder aufzuheben.

124. Bei ihren abschließenden Bemerkungen und Empfehlungen ist sich die Mission bewusst, dass sie sich auf unterschiedliche Situationen beziehen. Sie sollten in dem Kontext verstanden werden, dass zum einen die Besetzung ein Ende finden und zum anderen ein lebensfähiger palästinensischer Staat aufgebaut werden muss. Mit Sofortmaßnahmen, auch wenn es nur Teilmaßnahmen sind, lässt sich die Not von Arbeitnehmern und Unternehmern unter der Besetzung lindern. Sie sind keine Lösung für die durch die Besetzung entstandenen Zwänge; sie sollen vielmehr den Arbeitnehmern zu etwas Gerechtigkeit verhelfen, die im Räderwerk der Besetzung gefangen sind und unter der durch sie ermöglichten Ausbeutung gelitten haben. Der Aufbau eines demokratischen palästinensischen Staates mit einer starken sozialen Dimension wird mit noch anderen Maßnahmen einhergehen müssen. Die Tatsache, dass der Staat noch keine weltweit anerkannte Realität ist, bedeutet nicht, dass diese Maßnahmen nicht schon jetzt als integraler Bestandteil des Prozesses zum Aufbau eines Staates ergriffen werden sollten und auf den bisherigen beachtlichen Ergebnissen der Palästinensischen Behörde aufbauen könnten.

125. Eine bessere Bewegungsfreiheit der Menschen im Westjordanland wird begrüßt, doch sollte sich der Trend zur Aufhebung von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit fortsetzen und auf Ostjerusalem und Gaza ausgedehnt werden. Aus menschlichen wie wirtschaftlichen Gründen ist die Blockade von Gaza zu beenden; die Abhängigkeit von äußerer Hilfe muss verringert werden, und legale Unternehmen und Beschäftigung sind zu fördern. Gaza darf kein abgeriegeltes, von Hilfe abhängiges Gebiet bleiben, in dem Wachstum allein auf informellen und illegitimen Tätigkeiten beruht.

126. Von besonders großer Bedeutung für eine lebendige und nachhaltige palästinensische Wirtschaft ist ein stärkerer Handel innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete sowie mit der Außenwelt. Herrschen Frieden und Koexistenz, wird jedes Land in der Region in der Lage sein, an den Früchten des wirtschaftlichen Wohlstands teilzuhaben.

127. Der legale palästinensische private Sektor muss wachsen, damit er mehr Beschäftigung für palästinensische Frauen und Männer schafft. Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der wirtschaftlichen Grundlage des neuen Staates ist der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen.

128. Das Potenzial des Palästinensischen Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz muss voll ausgeschöpft werden, damit Armut wirksam bekämpft wird, Arbeitslose Schutz erhalten und palästinensische Arbeitnehmer, die gegenwärtig von Arbeit in den Siedlungen abhängig sind, gangbare Alternativen finden können.

129. Bei einer gründlichen Überprüfung des Lohnsystems sollte auch der Mindestlohn behandelt werden, und dabei sollte aber auch auf das Problem der extrem niedrigen Löhne für Frauen eingegangen werden. In diesem Zusammenhang sind dreigliedrige Konsultationen unter Einbeziehung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erforderlich. Bei diesem Prozess kann die IAO Unterstützung leisten.

130. Bei der Geltendmachung von Ansprüchen palästinensischer Arbeitnehmer gegen israelische Arbeitgeber ist ein entschlossenes Vorgehen erforderlich. Diesen Arbeitnehmern kann bei der Suche nach einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Streitbeilegung durch eine Zusammenarbeit von PGFTU und Histadrut geholfen werden. Auch das von der IAO unterstützte Experiment einer juristischen Klinik des PGFTU sollte weiterentwickelt werden.

131. Gesetze und Verordnungen des künftigen palästinensischen Staates zum Thema Arbeit und Beschäftigung müssen fest in internationalen Arbeitsnormen verankert sein, damit sie die Unterstützung menschenwürdiger Arbeit gewährleisten können. So müssen insbesondere die künftigen Gesetze über Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen den Grundsätzen der Vereinigungsfreiheit und dem Recht auf Kollektivverhandlungen sowie anderen grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit Rechnung tragen. Bei den Gesetzesreformen sind umfassende Konsultationen erforderlich, für die die Dienststellen der IAO ihre Unterstützung anbieten.

132. Wirtschaft und Gesellschaft müssen für ihre Entwicklung das Potenzial der Frauen erschließen. Die Erwerbsbeteiligung der palästinensischen Frauen ist so zu verbessern, dass traditionelle Verhaltensmuster oder Geschlechtsstereotypen nicht verfestigt oder verstärkt werden. In diesem Zusammenhang könnte der Nationale Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen eine zentrale Rolle spielen, der in erforderlichem Umfang Ressourcen, Ausbildung und ein Mandat erhalten sollte, damit er ein mutiges Programm aufstellen kann. Auch der Nationale dreigliedrige beratende Ausschuss könnte in diesem Zusammenhang eine Rolle übernehmen, da Fragen der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in allen Politikbereichen und Institutionen von Bedeutung sein sollten.

133. Es werden starke institutionelle Regelungen für den sozialen Dialog gebraucht, die einen ständigen Beitrag zum umfassenden politischen Dialog leisten müssen. Die soziale Dimension darf nicht beiläufig oder zweitrangig behandelt werden. Sie muss vielmehr zusammen mit den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Prioritäten auf der strategischen Entwicklungsagenda ganz oben stehen.

134. Der Friedensprozess muss effektiv erweitert werden, damit eine Lösung für die Lage des besetzten syrischen Golan gefunden werden kann, um so die Grundrechte der syrischen Staatsbürger zu verwirklichen.

Quellennachweis

- Al-Haq. 2010. *The Jerusalem trap: The looming threat posed by Israel's annexationist policies in occupied East Jerusalem*.
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). 2009. *The planning crisis in East Jerusalem: Understanding the phenomenon of "illegal" construction*, Special Focus, April.
- . 2010a. *West Bank closure: Jerusalem* (map). Juli.
- . 2010b. *West Bank movement and access*, Special Focus, Juni.
- . 2010c. *Between the fence and a hard place: The humanitarian impact of Israeli-imposed restrictions on access to land and sea in the Gaza Strip*, Special Focus, August.
- . 2010d. *The Humanitarian Monitor*, Dezember.
- . 2011a. *The Monthly Humanitarian Monitor*, März.
- . 2011b. *Easing the blockade: Assessing the humanitarian impact on the population of the Gaza Strip*, Special Focus, März.
- . 2011c. Gaza Crossings Database, unter: www.ochaopt.org/GazaCrossings.aspx.
- . 2011d. *East Jerusalem: Key humanitarian concerns*, Special Focus, März.
- . 2011e. *Khirbet Tana: Large-scale demolitions for the third time in just over a year*, Februar.
- . 2011f. *West Bank including East Jerusalem: Humanitarian overview*, Präsentation, Januar.
- . 2011g. *The Monthly Humanitarian Monitor*, Februar.
- . 2011h. *Protection of civilians weekly report*, März.
- Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR). 2010. *Consideration of reports submitted by States parties under article 40 of the Covenant*, Human Rights Committee, 99th Session, advance unedited version, document CCPR/C/ISR/CO/3, Juli.
- Arabische Republik Syrien, Sozial- und Arbeitsministerium. 2011. *Annual report on the situation of Arab workers and employers and citizens in the Occupied Syrian Golan 2010–11*, April.
- Association for Civil Rights in Israel (ACRI). 2011. *High Court endorsed systematic discrimination*, April.
- Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW). 2011. *Concluding observations of the Committee on the Elimination of Discrimination against Women*, Dokument CEDAW/C/ISR/CO/5, Februar.

- British Broadcasting Corporation (BBC). 2011. *Israel approves 942 Jewish homes in Gilo settlement*, 5. April.
- B'Tselem (Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten). 2010a. *Human rights in the occupied territories, 1 January 2009 to 30 April 2010*.
- . 2010b. *By hook and by crook: Israeli settlement policy in the West Bank*, Juli.
- . 2011a. *Civil Administration demolishes Jordan Valley village Khirbet Tana*. März.
- . 2011b. *Dispossession and exploitation — Israel's policy in the Jordan Valley and northern Dead Sea*, 12. Mai.
- Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO). 2011. *Palestinian State-building: A decisive period*, Ad Hoc Liaison Committee Meeting, Brüssel, 13. April.
- Defence for Children International (DCI). 2010. *Under attack: Settler violence against Palestinian children in the Occupied Palestinian Territory*. Juli.
- Europäische Kommission. 2011. *European Union opens up its market to Palestinian exports*, press release, 13. April.
- HaMoked (Center for the Defence of the Individual). 2011. *Center for the Defence of the Individual and the Association for Civil Rights in Israel lodge a petition to the HCJ*. April.
- Human Rights Watch. 2010. *Separate and unequal: Israel's discriminatory treatment of Palestinians in the Occupied Palestinian Territories*.
- Internationaler Gerichtshof (IGH). 2004. „Legal consequences of the construction of a wall in the Occupied Palestinian Territory“, in *Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders*, Advisory Opinion, 9. Juli.
- Internationaler Währungsfonds (IWF). 2011. *Macroeconomic and fiscal framework for the West Bank and Gaza: Seventh review of progress*, Staff Report for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee, 13. April.
- Internationales Arbeitsamt (IAA). 2010. *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, Bericht des Generaldirektors (Beilage), Internationale Arbeitskonferenz, 99. Tagung, Genf.
- Israelische Streitkräfte (IDF). 2011. *New investigation policy regarding Palestinian casualties from IDF fire*. 6. April.
- Kav LaOved. 2010a. *Hostages – Palestinian women working in the settlements*, September.
- . 2010b. *Working for survival: Labor conditions of Palestinians working in settlements*, Dezember.
- Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Israel. 2011. *The implementation of the civil policy in Judaea and Samaria and toward the Gaza Strip, the year 2010*.
- Palästinensische Nationalbehörde (PNA). 2009. *Program of the Thirteenth Government: "Palestine: Ending the occupation, establishing the State"*, August.
- . 2010a. *Palestinian Employment Strategy*, Dezember.

- 2010b. *Homestretch to freedom: The second year of the 13th Government Program “Palestine: Ending the occupation, establishing the State”*, August.
- 2010c. *Revised TVET strategy*, November.
- 2011a. *National Development Plan, 2011–13: Establishing the State, building our future*, April.
- 2011b. *The annual report on the conditions of laborers in the Occupied Arab Territories in 2010*, der Mission der IAO vorgelegt, März.
- Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU). 2011. *Report of the General-Secretary of Palestine Federation of Trade Union*, der Mission vorgelegt.
- Palästinensischer Industrieverband (PFI). 2011. *Towards advanced and competitive industry*, unveröffentlicht.
- Palästinensisches Handelszentrum (PalTrade). 2010a. *West Bank Annual Monitoring Report*, Oktober 2009-September 2010. Oktober.
- 2010b. *Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report, December 2009-January 2010*.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2010. *Palestinian Consumer Price Index*, Pressemitteilung, Januar.
- 2011a. *Preliminary estimates of quarterly national accounts (fourth quarter 2010)*, Pressemitteilung, März.
- 2011b, *National Accounts database*.
- 2011c. *Labour Force Survey, October–December 2010, Round Q4/2010*, Pressemitteilung, Februar.
- 2011d. *Poverty in the Palestinian Territory, 2009–10*, Pressemitteilung, April.
- 2011e. *Palestinian Consumer Price Index, for 2010*, Pressemitteilung, Januar.
- *Labour Force Survey database, 2009–10*.
- Peace Now, 2011. “New CBS data: Construction in settlements multiplied by four in two months after moratorium”, in *Peace Now*, 4. März.
- Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. 1981. Resolution 497 (1981) angenommen vom Sicherheitsrat auf seiner 2319. Sitzung, Dokument S/RES/497, 17. Dezember.
- 2010. *Report of the Secretary-General on the United Nations Disengagement Observer Force for the period from 1 January to 30 June*, Dokument S/2010/296.
- 2011. Kurzbericht von Robert Serry, Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess und Persönlicher Vertreter des Generaldirektors, in *The situation in the Middle East, including the Palestinian question*, 6488. Sitzung, 66. Jahr, Dokument S/PV.6488, 24. Februar.
- Statistisches Zentralamt (CBS) (Israel). 2010. *Statistical Abstract of Israel 2010*.
- Vanden Boer, D. 2010. “Child labour in Jordan Valley settlements”, in *Palestine Monitor*, 30. Oktober.
- Vereinte Nationen. 2010a. *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Generalversammlung, 65. Tagung, Dokument A/65/331, August.

- 2010b. *Report of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and other Arabs of the Occupied Territories*, Generalversammlung, 65. Tagung, Dokument A/65/327, August.
 - 2011a. *Statement by the Middle East Quartet*, Dokument SG/2168, 7. Februar.
 - 2011b. *Resolution 65/104 – Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and the occupied Syrian Golan*, von der 65. Tagung der Generalversammlung angenommene Resolution, Dokument A/RES/65/104, 20. Januar.
 - 2011c. *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Richard Falk*, Menschenrechtsrat, 16. Tagung der Generalversammlung, Dokument A/HRC/16/72, 10. Januar.
 - 2011d. *Resolution 65/106 – The occupied Syrian Golan*, von der 65. Tagung der Generalversammlung angenommene Resolution, Dokument A/RES/65/106, 20. Januar.
 - 2011e. *Resolution 65/18 – The Syrian Golan*, von der 65. Tagung der Generalversammlung angenommene Resolution, Dokument A/RES/65/18, 25. Januar.
- Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CWS). 2011. *Situation of and assistance to Palestinian women*, Dokument E/CN.6/2011/L.2, März.
- World Bank. 2010. *Checkpoints and barriers: Searching for livelihoods in the West Bank and Gaza – Gender dimensions of economic collapse*, Februar.
- 2011. *Building the Palestinian State: Sustaining growth, institutions, and service delivery*, Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee, 13. April.
- Yesh Din. 2011. *Law enforcement upon Israeli civilians in the West Bank*, Februar.

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Palästinensische Behörde

Büro des Premierministers

Salam Fayyad, Premierminister

Büro des Präsidenten

Ahmad Rwaidy, Leiter der Abteilung für Jerusalem

Arbeitsministerium

Ahmed Majdalani, Arbeitsminister

Hassan Al-Khatib, Stellvertretender Minister

Salah Alzaroo, Beigeordneter Assistent für Internationale Zusammenarbeit

Asef Said Asa'd, Generaldirektor für Beschäftigungsfragen

Hani Shanti, Leiter des Ministerbüros

Wirtschaftsministerium

Hassan Abu Libdeh, Wirtschaftsminister

Ziad Karable, Generaldirektor, Grundsatzpolitik, Erhebung und Statistiken

Ministerium für Planung und Entwicklung der Verwaltung

Ali Jarbawi, Minister für Planung und Entwicklung der Verwaltung

Bashar Jumaa, Leiter des Reform- und Entwicklungsplans

Ahmad Shwaika, Amtierender Generaldirektor, Direktorium Wirtschaftsplanung

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Ola Awad, Präsident

Yousef Falah, Generaldirektor, Bevölkerungs- und Sozialstatistik

Amina Khasib, Direktor, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Suha Kana'n, Direktor, Arbeitsstatistik

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Nabil Sha'ath, Beauftragter, Fateh-Kommission für internationale Beziehungen und Mitglied des Palästinensischen Legislativrates (PLC)

Husam S. Zomlot, Stellvertretender Beauftragter, Fateh-Kommission für internationale Beziehungen

Palästinensische Währungsbehörde (PMA)

Jihad Al Wazir, Gouverneur

Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und andere Organisationen

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Suheil Saliba Khader, Mitglied des Nationalen Sekretariats

Hussain Fuqaha, Mitglied des Nationalen Sekretariats

Neda Abu Zant, Koordinatorin der Abteilung für Frauenfragen

Ghada Abu-Ghalyoon, Koordinatorin des Projekts des Kanadischen Arbeitskongresses zur Stärkung von Jugendlichen

Nasser Younis, Leiter der Transportarbeitergewerkschaft

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Ayesh Ebaid, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Union der Arbeitnehmer im Baugewerbe und Zimmerhandwerk

Tariq Al Hindi, Sekretär des PGFTU, Vorsitzender der Union der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft

Mohamed Abu Ajena, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Transportunion

Sameer Al Ashqar, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Union der städtischen Bediensteten

Salama Abu Za'ater, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer im Gesundheitsdienst

Elias Al-Jelda, Leiter der Abteilung Gewerkschaftliche Organisation

Abdul Haleem Abu Za'ater, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Union der Bankangestellten

Zaki Khalil, Vorsitzender der Gewerkschaft der Textilarbeiter

Baker Al Jamal, Mitglied des Exekutivausschusses, Allgemeine Union der Bildungsdienste

Abdul Raouf Mahdi, Sekretär für internationale Beziehungen, PGFTU

Ebtsam Diab, Allgemeine Transportarbeitergewerkschaft

Seiad Al Astal, Gewerkschaft landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Leiter der Kulturabteilung

Samir Bakr, Gewerkschaft der Fischer

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Ramallah

Jamal Jawabreh, Generaldirektor

Nazeih Mardawi, Abteilung für Informationsdienste

Ali Muhanna, Direktor, Abteilung für Planung und KMUs

Akram Hijazi, Förderungsbeauftragter

Munji Nazzal, Verantwortlicher der Wirtschaftsabteilung

Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer von Südhebron

Jalal Makharza, Vorsitzender

Handels- und Industriekammer von Nablus

Husam Hijjawi, Generalsekretär des Vorstands

Handelskammer von Salfit

Fuad Awwad, Vorsitzender und Generalsekretär des Vorstands

Handelskammer von Gaza

Fayez Abu A'kar, Finanzdirektor, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Vorstandsmitglied

Bader Sabra, Mitglied

Tayseer Abu Eideh, Mitglied

Bassam Mortaja, Geschäftsführender Direktor

Maher Al-Tabba', Direktor für Öffentlichkeitsarbeit

Mohammad Abu Hasereh, Vereinigung der Hotels und Gaststätten

Sami Al Nafar, Präsident der Plastikunion

Mohammad Al Mansi, Präsident der Maschinenbauföderation

Jamal May, Gaza-Landwirtschafts-Kooperative

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA)

Mahdi Abdul Hadi, Präsident

Al-Haq, Ramallah

Shawan Jabarin, Generaldirektor

Wisam Ahmad, Rechtswissenschaftler

Unabhängige Kommission für Menschenrechte, Ramallah

Mamdouh Aker, Generalbeauftragter

Randa Siniora, Exekutivdirektor

Yasser-Arafat-Stiftung

Nasser Qudwa, Vorsitzender

Nationaler Ausschuss für die Beschäftigung der Frau

Zahira Kamal, UNESCO

Iman Assaf, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Arbeitsministerium

Ayman Abdul Majeed, Wissenschaftlerin und Erhebungs Koordinatorin, Birzeit-University

Sama Aweidah, Direktorin, Zentrum für Frauenstudien

Reem Abboushi, Geschäftsführerin, Palestinian Businesswomen's Association (Asala)

Salma Suleyman, Ressourcenentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit, Asala

Carine Metz Abu Hmeid, Koordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit, Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte

Amneh A.J. Mafarja, Abteilung für Frauenfragen, PGFTU

Abeer Abu Ghaith, Unternehmerinnenforum

Iman Hassasneh, Unternehmerinnenforum

Islah Jad, Institut für Frauenstudien, Birzeit-University

Hanan Jayyousi, Landesbeauftragter für Gleichstellungsfragen, IAA

Israelische Institutionen

Regierung Israels

Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit

Avner Amrani, Leitender Forschungs-Koordinator, Abteilung Arbeitsbeziehungen

Shlomo Ytzhaki, Verantwortlicher für Arbeitsbeziehungen

Außenministerium

Tibor Shalev-Schlosser, Direktor, Abteilung Internationale Organisationen

David Goodstone, Hauptabteilung Internationale Organisationen

Marina Rosenberg, Hauptabteilung Internationale Organisationen

Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT)

Maj. Gen. Eitan Dangot, Koordinator der Regierungstätigkeiten

Col. Alex Rosenzweig, Leiter der Hauptabteilung zivile Koordination

Uri Maman, Wirtschaftsabteilung

Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und andere Organisationen

Manufacturers' Association of Israel

Dan Catarivas, Direktor für internationale Beziehungen, Föderation israelischer Wirtschaftsverbände

Daphna Aviram-Nitzan, Leiterin der Hauptabteilung Wirtschaftsforschung

Natanel Haiman, Direktor, Hauptabteilung Internationale Regelungen

Histadrut – Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Abteilung

Itzhak Moyal, Präsident, Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter

Avi Nissenkorn, Vorsitzender der Hauptabteilung Gewerkschaftsfragen

Einav Kabla, Generaldirektor der Hauptabteilung Gewerkschaftsfragen

Gilad Haroush, Ökonom der Hauptabteilung Gewerkschaftsfragen

Yousef Kara, Vertreter der Histadrut bei der Internationalen Arbeitsorganisation, Mitglied des Exekutivbüros

Alon Levin, Rechtsberater

International Institute of Leadership – Histadrut

Rami Bohana, Generaldirektor

Michael Frohlich, Stellvertretender Generaldirektor und Projektmanager

Anat Harlev, Akademischer Direktor

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes palästinensisches Gebiet

Ramesh Rajasingham, Büroleiter

Yehezkel Lein, Leiter der Abteilung für Forschung und Analyse

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Margot Ellis, Stellvertretende Generalkommissarin

Christer Nordahl, Amtierender Direktor, UNRWA-Operationen, Gaza

Aidan O’Leary, Stellvertretender Direktor, UNRWA-Operationen, Gaza

Gavin Roy, Spezieller Assistent der Stellvertretenden Generalkommissarin

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen/Hilfsprogramm für das palästinensische Volk (UNDP/PAPP)

Yasmine Sherif, Stellvertretende Sonderbeauftragte des Administrators

Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Besetztes palästinensisches Gebiet (OHCHR)

Saul Takahashi, Stellvertretender Büroleiter

Weltbank, Landesbüro für das Westjordanland und Gaza

Dina Abu-Ghaida, Programmleiterin, Stellvertreterin des Landesdirektors

Internationaler Währungsfonds

Udo Kock, Residierender Vertreter, Westjordanland und Gaza

Sonstige Treffen

Gisha – Legal Center for Freedom of Movement

Tania Hary, Direktorin für internationale Beziehungen

B’Tselem – Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten

Eyal Hareuveni, Forschungsleiter

Kav LaOved – Workers' Hotline

Abed Dari, Außendienstkoordinator

Taghrid Shbeita, Außendienstkoordinator

ILO-Projektberater

Mohammad Shuqier, Projektkoordinator, Projekt Rechtsklinik

Peter Seideneck, Berater, Europäischer Gewerkschaftsbund, IAO-Berater für das Projekt über sozialen Dialog

Besetzter syrischer Golan

Majd Kamal Kanj Abu Saleh, Rechtsanwalt

Kanj Sleiman Abu Saleh, Landwirt

Salah Mohammad Al-Moughrabi, Landwirt

Hamoud Abu Saleh, Landwirt

Said Farhan Farhat, Landwirt

Treffen in Damaskus, Arabische Republik Syrien

Diala Haj Aref, Ministerin für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Tammam Sulaiman, Direktor der Abteilung für Internationale Organisationen und Konferenzen, Außenministerium

Abdulmonem Hussein Annan, Stellvertretender Direktor der Abteilung für Internationale Organisationen und Konferenzen, Außenministerium

Hassan Hijazi, Stellvertretender Minister für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Issa Maldaoun, Stellvertretender Minister für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Izzat Al-Saleh, Direktor des Pressebüros, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Rakan Ibrahim, Direktor für Arbeitsfragen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Rasha Harfoush, Direktorin Fragen der Erwerbsbevölkerung, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Fahd Nofal, Direktor für internationale Beziehungen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Ahmad Al Hassan, Allgemeiner Gewerkschaftsbund

Mohammed Faisal Ghazi, Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Arbeits- und Versicherungsausschusses, Industriekammer Damaskus

Zakiah Al-Ajrad, Direktorin der Abteilung für Arbeitsfragen, Industriekammer Damaskus

Internationaler Bund arabischer Gewerkschaften (ICATU)

Rajab Maatouk, Untergeneralsekretär

Faisal Mohammed Abdallah, Untergeneralsekretär

Toma Al-Jawabrah, Stellvertretender Generalsekretär für arabische Beziehungen